



Wertesjähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr. außerhalb incl.
Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Insertionsgebühr für den Raum einer
fünfseitigen Seite in Heftschrift 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 508. Morgen-Ausgabe.

Dreiundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 30. October 1872.

Abonnements-Einladung.

Die unterzeichnete Expedition lädt zum Abonnement für die Monate November und December ergebnist ein.

Der Abonnementspreis für diesen Zeitraum beträgt in Breslau 1 Thlr. 10 Sgr., auswärts inclusive des Portozuschlages 1 Thlr. 20 Sgr., und nehmen alle Post-Anstalten Bestellungen hierauf entgegen.

Breslau, den 26. October 1872.

Expedition der Breslauer Zeitung.

Das Programm der österreichischen Föderalisten.

(Von einem deutschen Demokraten in Österreich.)

Die Föderalisten-Conferenz, welche in Wien am 8. October getagt hat, stellt den letzten Versuch dar, die membra disjecta der noch vor einem Jahre so siegesgewissen föderalistischen Coalition unter Einem Banner zu sammeln, und die zusammengerafften Fähnlein, wenn auch nicht zu einem neuen Sturme gegen den Verfassungsstaat, so doch zu einem nächtlichen Handstreich gegen das Capitol der Constitution in einem Augenblick zu führen, wo die Wächter derselben, die Minister, ermüdet vom Kampf gegen die Camarilla, es an Wachsamkeit fehlten.

Das in der Wiener Conferenz angenommene Programm, von welchem nur der Schleier weggezogen ist, behandelt die staatsrechtliche, die nationale und die Schulfrage, in welchen drei Stücken „das Gesetz und die Propheten“ der Fundamentalartikel enthalten sind. Zuerst ist zu constatiren, daß sich die föderalistische Coalition stolz den Namen „Österreichische Rechtspartei“ beilegt und als obersten Grundsatz ihrer Bestrebungen „die Anerkennung und Geltendmachung des Rechts nach allen seinen Richtungen, insbesondere in kirchlicher, dynastischer, staatlicher und nationaler Beziehung.“ Die Herren Föderalisten wünschen daher in Vertretung dieses — ihren Partei- und Standesinteressen meistert angewachten „Rechtes“ die Aufrechthaltung der Staatsheit unter dem regierenden Herrscherhause der Habsburg-Lotringen auf Grund der pragmatischen Sanction von 1713. Es wird Einem bei diesem Passus ganz achtenttaugig zu Muthe; und man merkt, daß die Herren nur aus besonderer Vorliebe für recht veraltete Zustände bis zu einem Staatsact zurückgehen, der keinen anderen Zweck hatte, als daß Reich vor einer Zerreißung in verschiedene Bestandtheile zu behüten, vor welchem Schicksal übrigens Österreich nur durch die Erfolge seiner Armeen und die Genügsamkeit Friedrichs des Großen während des österreichischen Erfolgskrieges bewahrt wurde. Es ist nur den Verächtern des modernen Staates und aller staatlichen Autorität überhaupt vorbehalten gewesen, das vergiltete und sonst wenig beachtete Atenstück aus seinen Repostorien hervor zu tören. Bezeichnend ist übrigens für die Föderalisten-Herzler, daß sie es für nöthig halten, die Unheilbarkeit d. h. die Existenz der Monarchie überhaupt zu betonen, als wenn irgendwer, als sie selbst, daran dachte, Österreich zu heilen, zu vernichten. Übrigens liegt in der an die Spize gestellten „Unheilbarkeit der Monarchie“ ein verdeckter, und darum höchst persifler Hieb gegen den Ausgleich von 1867. Warum denn nicht offen? Wir erkennen denselben nicht an, und werden uns daher bemühen, ihn rückgängig zu machen. Doch nein, das hieße sich ja zum Umsturz bekennen. Deshalb hält man seine revolutionären Absichten lieber in eine nach Schweinsleder und Moder dufende loyale Phrase. Göt Jesu!

Bald darauf die zweite Forderung: Aufrechthaltung der Selbstständigkeit und geschichtlichen Eigenberechtigung aller einzelnen Königreiche und Länder des Reiches und als drittes — in organischer Fortentwicklung dieser beiden That-sachen: die „Herstellung einer Landes- und Reichsverfassung auf christlicher Grundlage“. Das sind die vor einem Jahre zu Grabe getragenen Fundamentalartikel wieder ans Licht getreten im infallibilistischen Gewande. Da sich diese Forderung natürlich auch auf Transleithanien erstreckt, so liegt für die Croaten die Ermuthigung darin, recht energisch den Bemühungen der in Pest tagenden Regierungskolardeputation zu widerstreben und die volle Unabhängigkeit von Ungarn auf ihre Fahne zu schreiben. Dieser Punkt bedeutet also für Eis- und Transleithanien den Umsturz, und zwar einen „christlichen“ Umsturz, denn der gegenwärtige Verfassungsstaat ist doch trotz der platonischen Liebe des Cardinal Rauscher zu demselben und trotz der frommen Rücksichten Stremayer's, trotz der Incompetenz Andrássy's den Jesuiten gegenüber und trotz der Duldung, welche die frommen Rebellen auf der Kanzel und in der Presse erfahren, — nur ein „heidnischer“ Staat.

Hören wir nun die kräftigen Hausmittel, welche die biderben Recken Leo Thun und Belcredi und der unbegsame Ascetiker Ignaz Giovannelli für die von ihnen in Aussicht genommene staatliche Pferdekur zur Hand haben: Das Landesrecht (d. h. das jedes Kronlandes) kann nur von dem Landtage mit Zustimmung des Monarchen (also doch!) geändert werden. Da es aber außer dem „Lande“ auch eine „Monarchie“ giebt, deren „Unheilbarkeit“ man selerlich an die Spize gestellt hat, so wird die Gesetzgebung über die gemeinsamen Angelegenheiten einer Verammlung von Deputirten aller Landtage zuverkannt. Die Gesetzgebung über alle anderen Angelegenheiten steht dem Landtage allein zu. Es ist wohl selten und in so harmloser und dürrer Weise der Absolutismus gefordert worden. Statt des Abgeordnetenhauses nur „eine Versammlung von Deputirten!“ Man hat es nicht einmal der Mühe für wert gehalten, derselben den bloßen Namen „Reichsrath“ beizulegen. Das ist wenigstens offen. Die Föderalisten wollen ja kein Reich, sie wollen nur eine „Monarchie“, d. h. ein Conglomerat von Staaten, zusammengehalten durch einen Mann, der unter sothonen Verhältnissen nichts anderes, als den Willen des Clerus thun könnte, der als einziger mit das Ganze zusammenhalten würde, so lange das wunderliche Staatswesen kein Stoß von außen trafe. Wie sehr den Föderalisten an der Souveränität der einzelnen Kronländer gelegen ist, ergibt sich aus dem übervorsichtigen Nachsatz: Jedes „weitere Bedürfnis der Vereinbarung unter allen oder einigen Ländern werde gepflogen durch Deputationen der Landtage unter Aufrechthaltung der Selbstbestimmung jedes Landes“.

Wie man sieht, haben die alittten Feudalen, Czechen und Ultra-montanen auch etwas gelernt von denjenigen demokratischen Prinzipienreitern, die einst in Augustenburgerei machten und die jetzt Schmerzen empfinden über die Annexionierung der Elsaß-Lotringen ohne Abstimmungs-Comödie. Gegenläufe berühren einander: „Selbstbestimmung jedes

Landes“ — das ist ja auch das Lösungswort der Schwarzen in der Schweiz geworden! Warum sollten es die pfäffischen Föderalisten von Österreich, wo es sich um circa 20 „Selbstbestimmungen handeln würde, nicht accepieren? Natürlich soll die Administration der gemeinsamen Angelegenheiten einem Ministerium übertragen werden, dessen Wirkungskreis jedoch sich nicht — bei Leibe nicht — über den Bereich derselben erstrecken kann.“ An der Spize der „Länder“ würden „Landesregierungen“ stehen, in denen selbstverständlich der Schwerpunkt der gewünschten zwanzigfachen Selbstbestimmung zu liegen hätte! Doch — Achtung vor den Föderalisten, sie haben wieder etwas von uns Demokraten gelernt! — müßte das Ministerium der schon erwähnten „Deputirtenversammlung“ und jede Landesregierung dem befreitenden Landtage verantwortlich sein.

Die guten Hochstries, Prälaten und sonstigen Großwürdenträger des föderalistischen Österreichs haben sich hierbei eine starke Blöße gegeben. Wo bleibt denn bei aller zur Schau getragenen Loyalität gegen die Dynastie der Monarch? Nach gutem alten Brauch, für den ja doch die Herren schwärmen, müßten die Minister und Landesregierungen vor Allem dem Monarchen verantwortlich sein. Nicht einmal eine wohlsiehende Phrase verdeckt diese verrätherische Blöße des föderalistischen Programms, das in dem eben erwähnten Passus eine stark adels- und pfaffenrepublikanische Färbung zeigt. Der Monarch soll eben in ihrem Österreich dieselbe Rolle spielen, wie der gutmütige Zeus in einer Offenbach'schen Operette, um das Decorum im Olymp zu wahren.

Nachdem der Entwurf die Nothwendigkeit eines zwischen der Krone und jedem Landtage zu vereinbarenden Landesgrundgesetzes (es würde sich also um die Einführung von circa 20 Verfassungen handeln!) hervorgehoben hat, läßt er sich wieder auf einer bedenklichen demokratischen Schwäche befreien, indem er „eine gerechte Wahlordnung“ und zwar „Ausdehnung des politischen Wahlrechts und größtmögliche Erleichterung der Ausübung derselben“ fordert. Warum sind denn die feudal-clericalen Herren so vrüde und sagen nicht offen: Wir wollen das allgemeine directe Wahlrecht für die Landtage und Abstimmung in jeder Pfarrei oder Dekanat, damit die frommen Schäflein genau instruiert werden können, wie sie zu wählen haben. Napoleon III. hat also doch nicht so ganz vergnügt seine großartigen Experimente mit dem allgemeinen Wahlrecht gemacht. Die österreichischen Föderalisten — der Papst hat tausendjährige Ablösung für ihre demokratischen Allotria bereit! — haben also wieder etwas gelernt. Sie wissen sich in die Zeit zu schicken und machen der Erziehung durch die Jesuiten in der That alle Ehre.

Als geeignete Mittel zur Durchführung der besprochenen Grundsätze sollen gelten: Größtmögliche Verbrettung des Verständnisses derselben in den weitesten Schichten des Volkes durch die Presse und durch die Vereine (natürlich durch katholische Casino's) und Erziehung resp. beharrliche Fortsetzung des passiven Widerstandes gegen die December-Verfassung durch Nichtbeschickung des Reichsrathes und seiner Delegationen, eventuell der Landtage! (Es bleibt also bei der bisherigen Kriegsweise.) Endlich: Energische Unterstützung einer Regierung, welche einen Ausgleich nach obigen Grundsätzen anstrebt, durch Wort, Schrift und That in und außer den Landtagen.

Der nationale Theil des Programms wird rasch abgethan durch die Versicherung, die „österreichische Rechtspartei“ werde einstehen „für volle Gleichberechtigung sämmtlicher Nationalitäten, vorzüglich in der Schule und im Amte“, und ferner „für den Schutz der nationalen Minoritäten durch ein im Laufe der Ausgleichsverhandlungen zu bearbeitendes und den Landesgrundgesetzen einzuverlebendes Nationalitätengesetz.“

Die Schulfrage, vielleicht die wichtigste Angelegenheit, wird in sehr radikaler Weise behandelt. Die sie betreffenden „guten“ Absichten der Föderalisten lassen sich in die wenigen Sätze zusammenfassen: die gesamte Schulgesetzgebung gehört nach ihrer politischen Seite der Kompetenz der Landtage an. Sie muß unbedingt consensual organisiert sein. Der Einfluß der Kirche auf die Schulverfassung und Schulleitung muß unverbürgt erhalten werden. Jeder Übergriff der staatlichen Schulgesetzgebung in das unantastbare Recht der Familie auf Erziehung und Unterricht durch Schulzwang und Schulsteuer sei auf das entschieden zurückzuweisen; mit allen gesetzlichen Mitteln soll daher für Auferkrafisierung der gegenwärtigen Schulgesetzgebung gewirkt werden.

Bei Betrachtung dieses Programmes drängt sich die Überzeugung auf, daß die föderalistische Partei ihren letzten Häutungsprozeß vollzogen hat. Sie ist trotz der traditionellen Betonung der nationalen Gleichberechtigung nicht mehr national. Sie will nichts mehr von einem Großezechten, nichts mehr von einem Slovener wissen. Sie kennt nur historische Landtage, in denen mit Hülfe des allgemeinen Wahlrechts der fromme Feudaladel und der Clerus allmächtig sein wird. Österreich soll ein Conglomerat von Adelsrepublik werden ohne eine gemeinsame Verfassung mit einem absoluten, aber machlosen Kaiser an der Spize. Der neue Ausgleich wird nicht mehr mit den Nationalitäten, sondern mit den Landtagen gemacht werden. Graf Hohenwart mache den Fehler, daß er den nationalen mit den historischen Ausgleich verquicke. Der Föderalismus erhebt nun von den Todten und hat Alles von sich abgethan, was vergänglich war und nur sein ursprüngliches, eigenstes Wesen, ohne welches es nicht bestehen kann, beibehalten: den Ultramontanismus, unter dessen Fittige sich der geistesbankerotte Feudalismus geflüchtet hat.

Wie die Sachen in der Hofburg stehen, hat selbst dieser wahnwitzigste aller Ausgleichspläne Aussicht. Der Kaiser hat wieder einmal den „Verfassungsswindel“ fett und schwankt bedenklich zwischen den Rathschlägen seiner verfassungsmäßigen Minister und denen der geheimen Lebenregierung in den Gemächern des Schlosses. Für den allmächtigen Säbel sucht man ein möglichst willfährigen Träger. Alle Welt glaubt an einen nahen reactionären Umschwung. Die Sisifur der Verfassung liegt in der Lust. Freilich wohl wird der Monarch zögern, aber er, der sich nach einem Worte des reactionären und leider sehr einflußreichen Staatsrates von Braun „zum Unglück geboren“ hält, dürfte gerade in Folge dessen mit unglaublicher Hand das Unheil entfesseln. O dieses Österreich! Ein Verhängniß treibt das Staatschiff den Klippen entgegen!

Breslau, 29. October.

Im Herrenhause nehmen die Verhandlungen über die Kreisordnung ihren gewohnten Fortgang. Tag für Tag gesellen sich die Führer der Opposition darin, der Regierung so scharf wie nur möglich die Aussichtslosigkeit aller Compromissversuche bemerkbar zu machen, und man begreift daher wohl, daß die regierungsfreundliche Minorität schon längst nicht mehr, wie namentlich Herr von Winter sich ausdrückte: „die Absicht besitzt, die Debatte in die Länge zu ziehen.“ — „Gegenüber den Erfahrungen derjenigen Männer, welche Jahre lang mit aktiver Theilnahme unter den Dorfbewohnern gewohnt haben und die ländlichen Verhältnisse nicht blos vom Tagen, Spazierentreiten u. s. w. kennen, hat das Urteil der intelligentesten und gelehrtesten Städter kein Gewicht.“ Bewahren wir uns dieses klassische Dictum des Herrn v. Senfft-Pilsach in steten Gedächtnisse, und wundern wir uns nicht erst, wenn die „Städter“, welche die ganze Urbanität derselben zu würdigen wissen, nicht länger auf einem Boden verweilen smögen, der ihnen in solcher Art streitig gemacht wird! Mit der Behauptung, daß derzeit schon lange voraus zu sehen war, stehen wir nicht allein. Auch die „Deutsche Reichs-Correspondenz“ weilt vielmehr unsre Ansicht, wie aus folgender Mittheilung hervorgeht: „Heute Nachmittag, — so schreibt dieselbe unter dem 28. d. M. —, hat nach Beendigung der Herrenhaussitzung in dem Ministerzimmer des Herrenhauses unter dem Vorsitz des Grafen v. Noon eine Ministerconferenz stattgefunden, in der neben einigen anderen Verwaltungsangelegenheiten hauptsächlich über die Frage verhandelt wurde, welches Verfahren die Staatsregierung in der Anlegende der Kreisordnung gegenüber den Beschlüssen der Majorität des Herrenhauses einzuschlagen habe. Wie wir hören, wird die Staatsregierung die Kreisordnungsvorlage aus den Berathungen des Herrenhauses nicht zurückziehen, sondern dieselbe vorläufig ihrem Schicksal überlassen und es dem Verlauf der parlamentarischen Verhandlungen durch Hin- und Herschieben aus einem Hause in das andere überlassen, in welcher Form sie schließlich herborgehen wird. Die von uns schon vor zehn Tagen angekündigte Eventualität, daß schließlich Fürst Bismarck aus seinem Stillleben auf der Bildfläche erscheinen werde, um die Vorlage durchzubringen, findet jetzt auch an anderen Stellen Bestätigung und in Abgeordneten-Kreisen sprach man heut davon, daß der Reichskanzler Mitte dieser Woche aus Varzin hier eintreffen werde. „Wir meinen, daß es jetzt eigentlich schon zu spät sei, und daß es weit praktischer gewesen wäre, wenn die Staatsregierung sich vor Beginn der Verhandlungen von der Situation Kenntniß verschafft hätte. Wir warnen damals, weil wir die Situation richtig erkannten; aber die Offiziösen in ihrer Vertraulichkeit hatten die Majorität für die Anträge der freien Commission schon in der Tasche.“

Den clericalen Blättern Italiens hat der Tod des Grafen Brassier de St. Simon Gelegenheit verschafft, ihrem lange bewahrten Groll gegen den Verstorbenen Worte zu geben. So kündigt z. B. die Vaticanische Zeitung „Osservatore Romano“ den Tod des verdienstvollen Diplomaten in folgender Art an:

„Gestern starb in Florenz Graf Brassier de St. Simon, der Gesandte Preußens bei der italienischen Regierung. Derelicta hat seine Regierung immer mit großer Treue und großem Eifer bedient. Der beste Beweis dafür sind die Anstrengungen, die er 1870 gemacht hat, um das italienische Ministerium zur Verleihung des September-Vertrages mit Frankreich (der bekanntlich in Folge des Rouher'schen „jamais“ den Italienern verboten war) einzumarschieren, zu verleiten, damit Italien den hierbei interessirten Mächten gegenüber compromitti und somit genötigt werde, slavenmäßig dem leidenschaftlichen Gang der deutschen Politik zu folgen. Er hatte die Genugthuung, seine Absicht zu erreichen, und seine Regierung mußte ihn daher in hoher Achtung halten.“

Für den verstorbenen Diplomaten, bemerkt hierzu eine römische Correspondenz der „Magdb. Ztg.“, kann es gewiß kein größeres Lob geben, als diese spitzige Bemerkung der päpstlichen Hofzeitung, welche Zeugnis giebt von der Bedeutung, die seine Feinde ihm beimachen. Alle anderen italienischen Blätter erkennen in den Worten, die sie dem Geschiedenen in's Grab nachrufen, mit vieler Wärme seine einflussreiche diplomatische Thätigkeit und seine Liebe zu Italien an. Dagegen werfen auch in anderen Ländern die Ultramontane demselben noch Steine in's Grab nach, weil er, wie sie sagen, ein gefährliches Werkzeug des Reichskanzlers gegen den heiligen Stuhl war. Die frommen Herren vergessen, daß Brassier's Stellung durch seine ausgesprochenen Sympathien für die Sache der italienischen Nation schon zu einer Zeit markirt wurde, wo sich der gegenwärtige Leiter der auswärtigen Angelegenheiten Deutschlands noch nicht an der Spize der Geschäfte befand. In die Hände eines der Freunde Brassier's wurde sein Briefwechsel mit Victor Emanuel, einer Anzahl französischer Staatsmänner, Cabour, Garibaldi und anderen italienischen Patrioten vor einiger Zeit hinterlegt. Wahrscheinlich — so bemerkt wenigstens die „B. u. H.-Z.“ hierzu — diente dieser Briefwechsel zur Veröffentlichung gelangen.

Eine höchst interessante Buschritus des in Italien sehr bekannten englischen Schriftstellers Wm. Chauncy Langdon richtet sich gegen die im „Journal de Rome“ und anderen Blättern gemachte Bemerkung, daß der Ultrakatholicismus einen specificisch deutschen Charakter habe und sich als Genosse der preußischen Regierungspolitik zeige. Wir heilen aus derselben nach der „Spen. Ztg.“ wenigstens folgende Stellen mit:

„Ist also die altkatholische Bewegung eine politische Waffe geworden, deren sich Preußen bedient? Gestatten Sie mir dies zu bezweifeln. Weil es der Vorbehof gefiel, die Interessen Frankreichs und Italiens übereinstimmen und deshalb jenes diesem in dem großen Kampfe von 1859 zu Hülfe kommen zu lassen, ist dieser darum weniger aufrichtig und italienisch gewesen? Der König und alle großen patriotischen Staatsmänner, die sich hervorhatten, waren sie darum weniger gebunden durch große Ideen? Waren die italienische Nationalität und Freiheit lediglich politische Waffen in der Hand Napoleons? Sicher werden Sie das nicht sagen. Das Mittel, dessen sich Gott bediente, das französische Kaisertum, ist nicht mehr, und Italien besteht als Einheit. Wenn also in dem großen Kampfe, dessen Ziel die Wiederherstellung der Freiheit, Reinheit und Einheit der christlichen Kirche ist, die göttliche Vorbehof bewirkt, daß das politische Interesse die europäischen Regierungen zur Mitwirkung an diesem Werke treibt oder wenigstens zur Protection: ist darum die altkatholische Bewegung von geringerer Bedeutung, Reinheit und Untadelhaftigkeit? Ich lenne verschieden Häupter der Bewegung persönlich, und meine Überzeugung ist, daß sie eben so uninteressirt, eben so aufrichtig, eben so nobel und tüchtig sind, als es jemals Männer waren, die sich einer großen Sache hingaben. Gott erweckt solche Männer nur für die Erfüllung großer Pläne. Der kluge Reichskanzler hatte die Klarheit, zu begreifen, daß eine Gemeinschaft der religiösen Kirchen und der Interessen des Volkes bestehet, dessen Geschichte seines Oberhaupt vertraut sind; und er handelt folgerichtig mit der eigenen Superiorität. Aber diese Wahrheit ist wie auf Deutschland so auf Frankreich und Italien anwendbar. Zum Unglück für die Interessen dieser beiden Länder verlieren Volk und Regierung von Frankreich diese Wahrheit oder fühlen sich nicht im Stande, nach ihrer Überzeugung zu handeln. Auch ich halte gleich Ihnen nicht für unmöglich, daß unser Jahrhundert mit einem großen Religionskriege endige, aber das wird

keiner zwischen zwei Parteien sein. Zwischen den beiden fanatischen Extremen (Ultramontanismus und Socialismus) gibt es eine Mittelpartei, bestimmt, die Stürme des einen und des anderen oder auch die Allianz beider auszuhalten, aber auch eventuell bestimmt, über beide zu triumphieren, weil diese Partei — ich beschreibe mich auf die sociale und politische Seite der Frage — identisch ist mit dem wahren und festen Fortschritte, mit jener Freiheit, welche die Ordnung vertritt, und mit jener Ordnung, welche durch die Freiheit belebt ist. Alle Nationen, bei denen die lateinische Kirche herrscht, werden gern oder ungern bei sich diesen Streit ausbrechen sehen und dazu Stellung nehmen müssen. Sie müssen eine Partei wählen, und ihre politische Zukunft hängt von dieser Wahl ab. Der deutsche Kanzler handelt diesem Grundsatz gemäß, und man kann ihn nur loben; aber die große religiöse-kirchliche von Döllinger, Schulte, Reinhard und ihren Genossen geleistete Bewegung verdient deshalb nicht weniger unsere Achtung als Christen, weil sie auch an unsere Vaterlandsliebe Verlust einlegt, und weil auch Fürst Bismarck die politischen Vorteile so klar würdig, welche Deutschland aus deren Erfolgen bei seinem Kampfe gegen den politisch-kirchlichen Feind ziehen kann. Frankreichs Interesse in diesem zulässigen Streite ist vollkommen dem deutschen gleich; wählt es in Zukunft den Ultramontanismus oder den Socialismus, es wird sein Bederben sein!

Mit der Räumung der occupirten Departements geht es in Frankreich noch immer nicht recht vorwärts. Die Räumung, telegraphirt man der „R. B.“ unter dem 27. d. M. aus Paris, ist an den meisten Punkten vollständig fixirt, weil die Baracken zum Theil durchaus unbrauchbar sind; der „Temps“ erzählt, daß viele schon baufällig sind, ehe sie bezogen worden. Wenn es heute heißt, daß die vollständige Räumung am 15. November vollzogen sein werde, so ist das nicht wahrscheinlich. Das „Paris-Journal“ erklärt, daß es seine Absicht, an den Jahrestagen der Schlacht bei Jena und des Einzugs Napoleons in Berlin besondere Nummern zu veröffentlichen, in Folge offizieller Mahnung habe aufgeben müssen. Das „Pays“ benutzt diese Mitteilung, um die Regierung wegen ihrer Schwäche Preußen gegenüber zu verhöhnen.

Im Uebrigen müssen in Frankreich die constitutionellen Fragen fortwährend Unterhaltungsstoff bieten; sie verdienen aber, wie eine Pariser Correspondenz der „R. B.“ sehr richtig sagt, bis zur Wiedereröffnung der National-Versammlung geringe Beachtung, da der Wind sich alle Augenblicke dreht. Nur so viel ist gewiß, daß in den Centren der Plan einer heiligen Erneuerung der National-Versammlung an Boden gewinnt, während die Gambettisten entweder als je auf die Auflösung derselben hinarbeiten. Der zweite Theil des Militärgesetzes soll, wie man hört, erst nach Neujahr der National-Versammlung zur Beratung vorgelegt werden. Bis jetzt sind die Bemühungen der Regierung, aus den Centren sich eine Leibgarde und den Kern einer Majorität von Anhängern der Republik des Herrn Thiers zu bilden, noch zu keinem nennenswerthen Ergebnisse gediehen.

Der „Avenir national“ hält namentlich die Präsidentschaft auf Lebenszeit für ein todgeborenes Project, da sie dem republikanischen System, das Herr Thiers doch begründen wolle, schurstracks zumüllerlaufe. Dies Blatt sagt darüber:

Was würde Herr Thiers mit einem solchen Beschlusß gewinnen? Absolut nichts. Er ist der Präsidentschaft sicher, so lange die gegenwärtige Versammlung dauert. Wenn aber in 5 oder 6 Monaten eine neue an ihre Stelle treten wird, so wird diese Herrn Thiers, der ohne Zweifel in 40 oder 50 Departements gewählt werden wird, notwendig auf's Neue zum Chef der volzhenden Gewalt ernennen. Somit sieht sich Herr Thiers bereits heute auf 5 oder 6 Jahre in seiner Stellung bestellt. Wäre es nicht thöricht, wenn er seine Voraussicht noch auf weiter hinaus ausdehnen und dadurch sein Alters als Gründer der Republik und uneigentümlicher Bürger auf's Spiel legen wollte, der im Besitz einer fast absoluten Gewalt die Umstände nicht zu seinem persönlichen Vortheile missbraucht hat? Wenn wir nicht sehen können, was Herr Thiers gewinne, so seien wir wohl, was er verlieren würde, nämlich die Frucht aller seiner Anstrengungen seit zwei Jahren, die Unterstützung der Republikaner, ohne die der Royalisten zu gewinnen, so daß er am Ende vollständig isolirt wäre.

Über die Urtheile der englischen Tagespresse in Betreff des in der San-Juan-Frage gefallten Schiedsgerichtsprüfes haben wir schon gestern das Wesentlichste berichtet. Von den englischen Wochenblättern äußert sich die „Saturday Review“ kurz und sachgemäß über den Schiedsspruch: „England hat nichts zu thun, als den Entscheid anzunehmen; und wenn der deutsche Kaiser weise genug gewesen, seinen Spruch ohne Gründe abzugeben, so sind wir der Notwendigkeit überhoben, nachzuweisen, daß ein Urtheil anders hätte ausfallen müssen. Es genügt zu sagen, daß der streitige Punkt so überaus zweifelhaft war, daß wir es nicht zu bereuen brauchen, mit den Vereinigten Staaten so lange um ein Stück Gebietes gestritten zu haben, welches eine competente Autorität ihnen nun als rechtmäßiges Eigen-

ium zugesprochen hat. Der Streit ist auf dem für solche Fälle anerkannten Wege beigelegt worden, und wir können diese Verweisung an einen Schiedsrichter, so wie das gegen uns ausgesetzte Urtheil derselben mit einem Gleichmaß betrachten, der uns durchaus nicht zu Gebote steht, wenn wir daran denken, wie wir die Ansprüche wegen der feindseligen Streitfrage gegen Canada einfach den Bedürfnissen der amerikanischen inneren Politik aufgeopfert oder uns neuen Rechtsnormen unterworfen haben, die nur daraus ableiten, uns die Gelegenheit zu geben, um amerikanischen Gross mit englischem Gold zu befriedigen.“

Deutschland.

= Berlin, 28. October. [Ministerrat. — Parlamentarisches. — Markthallen-Angelegenheit.] Nach einer Session soll gestern ein Minister-Rath unter Vorsitz des Kaisers stattgefunden haben, in welchem der Minister des Innern Graf zu Eulenburg seine Entlassung angeboten haben soll, die jedoch nicht angenommen worden sei, dagegen hätte man den Entschluß gefaßt, die Kreisordnung mit allen gesetzlichen Mitteln durchzuführen. — Vorläufig haben alle Gerichte nicht zu verhindern vermocht, daß auch heute alle Beschlüsse des Abgeordnetenhauses mit seltener Consequenz verworfen wurden. Das Schicksal der Session hängt vorläufig ganzlich von dem Ausgang der Kreisordnungsberatung ab. Es ist wohl zu bemerken, daß alle Minister bezüglich der Einbringung von Vorlagen in das Abgeordnetenhaus zurückhalten, ja daß man selbst geneigt ist, die erste Lesung des Staatshaushaltsetats hinauszuschieben, bis man über die Kreisordnung Gewissheit hat. Unbestritten glaubt man, noch in dieser Woche zum Schluß zu gelangen. Auch die Vertagung des Reichesspielerischen Antrages und der damit in Verbindung stehenden Debatten über die katholischen Fragen scheinen damit zusammen zu hängen. Diese Angelegenheit soll erst am 5. November das Haus beschäftigen. — Über die Markthallen-Angelegenheit ist jetzt mitzuhören, daß der Vertrag zwischen der Stadt und der Berliner Bau-Gesellschaft demnächst abgeschlossen werden wird. Es befindet sich darin die Klausel, daß, wenn die Gesellschaft den Befreiungen der Residenz nicht Rechnung zu tragen weiß, es den Amtesbehörden der Leiharbeiter freistehen soll, offene Märkte in der betreffenden Straße aufzuschlagen, dafür soll die Gesellschaft das Monopol, Markthallen zu erbauen, erhalten.

[Berlin, 28. Octbr. [Intervention des Königs und Schließung der Session. — Budgetberatung. — Der Welfenfond und der Reichskanzler. — Parlamente. — Exportationsgesetz. — Parlamentarische Vereinigung. — Die Herren Arbeiter Berlins.] Die Nachricht von der Intervention des Königs gegen die regierungseinige Haltung des Herrenhauses in Sachen der Kreisordnung (s. das gestrige Mittagblatt) erregte eine nicht geringe Sensation in unseren politischen Kreisen und vornehmlich im Abgeordnetenhouse. Außerdem erfahren wir von guter Hand, daß die tactische Seite der Frage im Ministerium eine divergirende Auffassung findet. So ist der Handelsminister Graf Bismarck gegen die sofortige Sessionsschließung, weil ihm die Eidelegung einiger seiner Vorlagen unaufzuschleben erscheint. — In Abgeordnetenkreisen wird angenommen, daß die Budgetberatung schon in dieser Woche, vielleicht am Sonnabend mit der ersten Lesung beginnen werde. Der Präsident hat jedoch bis zum Augenblick keinen Beschlusß gefaßt. Außerdem hat er die Commissarien des Hauses für die verschiedenen Gruppen zu ernennen. Dies erfordert gleichfalls einige Zeit, weil die Fractionen das Vorschlagsrecht ihrer Mitglieder haben. — In Regierungskreisen scheint es sehr unangenehm aufzufallen zu sein, daß bei der Budgetberatung auf eine Spezialklausur und Kontrolle des Welfenfonds angekündigt werden soll. Gouvernementale Abgeordnete suchen das Project zu kreuzen, indem sie zu wissen vorgeben, daß Fürst Bismarck, der die Verwaltung der hanoverischen Fonds als eine Viträuerin des Wesentlichsten berichtet. Von den englischen Wochenblättern äußert sich die „Saturday Review“ kurz und sachgemäß über den Schiedsspruch: „England hat nichts zu thun, als den Entscheid anzunehmen; und wenn der deutsche Kaiser weise genug gewesen, seinen Spruch ohne Gründe abzugeben, so sind wir der Notwendigkeit überhoben, nachzuweisen, daß ein Urtheil anders hätte ausfallen müssen. Es genügt zu sagen, daß der streitige Punkt so überaus zweifelhaft war, daß wir es nicht zu bereuen brauchen, mit den Vereinigten Staaten so lange um ein Stück Gebietes gestritten zu haben, welches eine competente Autorität ihnen nun als rechtmäßiges Eigen-

Informationen reichen, haben wir alle Ursache an der Richtigkeit dieser Mithellung zu zweifeln. Von sonst unterrichteter Seite wird sie gradezu als eine tendentiöse Erfindung behandelt. Die Fortschrittpartei hat bereits in zwei ihrer Fraktionssammlungen eingehende Beratungen über das Expropriationsgesetz gesessen und wesentliche Amendements beschlossen. Der Antrag auf Absezung der Vorlage von der Tagesordnung ist dem Wunsche der liberalen Fraktionen zuzuschreiben, zu einer gemeinsame Verständigung über die Amendements der Fortschrittpartei zu gelangen. — Die erste parlamentarische Vereinigung in der sogenannten Fraktion Müller unter den Linden war nur mäßig von liberalen Abgeordneten besucht. Die Initiative geht bekanntlich von conservativer Seite (Abg. Denzin) aus und die Aussicht mit seinen Fraktionsgenossen vom Oberhause, den Kleist-Reichow, Brühl, Leppe, Senft-Pilsach &c. in politische Discussion über die Tagesfragen zu gehen, hat namelich für die Mitglieder der Fortschrittpartei und die Nationalliberalen wenig Verlockendes. — Wie sehr die Wohlhabenheit unter den hierigen Arbeitern überhand nimmt, das beweist die Thatsache, daß die Herren Maurer von ihren Bauplänen vielfach zu 3—4 in Droschen nach Hause fahren. Das Strike-Comité der Pfug'schen Fabrikarbeiter kam zu den Verhandlungen mit den Delegirten der Fabrik-Gesellschaft stets in Droschen erster Klasse vorgefahren.

[Die polnischen Mitglieder des Herrenhauses,] welche bisher ihren Sitz noch nicht eingenommen hatten, sind von der polnischen Landtagssfraction durch Telegramm aufgefordert worden, schließlich in Berlin zu erscheinen, da mußlich über das Schidial der Kreisordnung, die Abstimmung der Polen entscheiden werde. Dieselben werden gegen die Kreisordnung stimmen, da diese in der Provinz Posen nicht eingeführt werden sollen. Graf Janos Brinski wird im Namen der polnischen Herrenhaus-Mitglieder sprechen. — Obwohl noch nicht alle polnischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses besammelt sind, so traten die Anwesenden bereits am Freitagabend gewählt die Abgeordneten: Schumann, Wierzbinski, Chlapowski.

[Zur Wohnungsnöth] schreibt die „R. P. B.“: Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß noch viele bisher in Berlin wohnhafte pensionierte Offiziere von hier weziehen werden und bereits ihre Wohnungen gekündigt haben. Auch der Zuszug von auswärtigen Gutsbesitzern, welche sonst den Winter in Berlin zu verleben pflegen, soll bei weitem nicht so bedeutend sein, wie in früheren Jahren.

[Über den Entschluß des Kaisers in der St. Juanfrage] hört man noch einige Einzelheiten. Derselbe ist kurz gefaßt, ohne Anführung der Motive, aber mit dem Hinweis im Eingange, daß die Gesetz- und Sachkundigen gehört werden. Es heißt nicht, wie einige Lesarten in den Blättern angeben, die amerikanische Auslegung des Vertrages sei die richtige, sondern die richtige Auslegung steht mit den amerikanischen Ansprüchen am meisten in Einklang, was Amerika ganz so beantragt hatte. Die Gesetzes- und Sachkundigen wurden am 3. Juli mit der Angelegenheit beauftragt. Hr. Vice-Präsident Grimm hat auf Umwegen seinen Urlaub abgesetzt. Herr Goldschmidt, der zuerst in Norwegen war, kehrte bald zurück und hat später auch hier mit den beiden anderen Herren konfiliert. Hr. Vice-Präsident Grimm und Hr. Professor Klepfer sollen ein gemeinsames Gutachten erstattet haben. Es bestätigt sich durchaus, wie das auch aus dem Entschluß des Kaisers hervorgeht, daß die Gutachten großenteils günstig für die amerikanische Auffassung waren. Jedenfalls soll keines sich für England ausgesprochen haben. Der Schiedsspruch des Kaisers ist am Sonnabend mit einem Despatch-Courier via Bremen nach Washington abgeschickt worden.

[Der seit 1846 schwedende Prozeß zwischen dem Fiscus und der Krone Preußen] darüber, ob die Herrschaften Wildenbruch und Schwedt mit Bieraden als Domänenägter des Staats oder als Eigentum der Krone zu erachten seien, ist zu Gunsten der Krone entschieden worden.

(O. C.) Die gesammte verzinsliche preußische Staatschuld wird am 31. December 1872 betragen 410,842,931 Thlr., darunter 214,746,126 Thlr. Eisenbahnschulden, und zwar entfallen davon auf die alten Landesteile und den Gesamtstaat seit 1866 351,272,160 Thlr. einschließlich 168,074,337 Thlr. Eisenbahnschulden, während mit den neuen Landesteilen 59,570,771 Thlr. Schulden einschließlich 48,671,788 Thlr. Eisenbahnschulden übernommen worden sind. Bringt man die Eisenbahnschulden, die durch den produktiven Charakter ihrer Anlage nicht nur die Mittel ihrer Verzinsung aufbringen, sondern dem Staat noch einen erheblichen Überschuß gewähren, in Abzug, so beträgt die gesammte verzinsliche Staatschuld des preußischen Staates 196,096,815 Thlr., zu welcher Summe noch die unverzinsliche Schuld im Betrage von 18,250,000 Thlr. Kaffenanweisungen hinzutritt. Gegen den Schluß des Jahres 1871 hat sich die preußische Staatschuld vermindert um 9,202,648 Thlr.

Das Atropin als Augentrost und Gifft.

Von Dr. Dreyenfurth.

Seltsame Laune des Sprachgestes! Belladonna, schöne Frau (freilich mit dem vorgesetzten Atrop), die unabwendbar tödliche, wie die eine Dame des Parzenkleblattes genannt wurde, heißt dem Römer, la belle dame dem Franzosen, jene, in schattigen, feuchten Schlagbözern und auf waldbigen Anhöhen mannesgroß emporwachsende Giftpflanze, welche der Germane nur mit Worten des Hasses und Abscheus bezeichnet, denn dood-kruit (Todtkraut) ruft sie der Holländer, deadly night-shade (tödlicher Nachschatten) der Briten, und gar aus dem Munde des Deutschen trifft sie ein fast unerschöpflicher Hagel schwäbischer Namen, wie: Wolfskirsche, Wolfsbeere, Tollkirsche, Tollkraut, Wuth- und Teufelsbeere und noch an zwanzig anderer, ähnlich klingender Ehrentitel! — Mit dem Tabak, Bilsenkraut, Stechapfel und schwartzen Nachschatten gehört sie in die Familie der Solanen, eine arge Gesellschaft, unter die sich aber auch unsere Wohlthäterin, die Kartoffelpflanze, rechnen muß, weil sie in den Kelchen und untreuen Knollen ein Gifft, das Solanin, bereitet, welches dem von jenen erzeugten verwandt ist.

Im Juni und Juli entwölften sich auf je einem besonderen Stengelchen die glockenförmigen, fünfzackig gelappten, schmuckig violettblauen, innen röthlichen Blumen, die den ganzen Sommer hindurch blühen. Die Früchte, kugelige, anfangs grüne, allmälig blauschwarz sich färbende Beeren, dauerten von Ende August bis in den Herbst hinein. Dieselben haben wirklich Nechlichkeit mit den kleinen Sauerkirschen, und laden, durch ihr schönes, verlockendes Ansehen sowohl, wie durch ihren süßäuerlichen Saft, zum Genuss ein, der nicht bloß unerfahrenen Kindern, sondern auch Erwachsenen nicht selten von verbängnissvollen Folgen gewesen ist. In England stand im Jahre 1846 ein Gärtner vor dem Schwurgericht, unter der Anklage, auf öffentlichem Markte Belladonnafrüchte als essbare Beeren verkauft, und dadurch eine ganze Familie zum Theil tödlich vergiftet zu haben. Im Kriegsjahe 1813 stellte eine Abteilung französischer Soldaten, 160 an Zahl, in der Nähe von Pirna auf ein Gebüsch, wo die Tollkirsche in üppiger Fülle wucherte; hungrig und durstig, von Strapazen ermattet, stürzten sich die Leute über die hübschen Beeren, und blüteten nach Kurzem ihre tödliche Unvorsichtigkeit weils durch schwere Erkrankung, theils durch Tod; sie wurden wie wahnstinnig, lachten und sprangen, sprachen das verkehrtste Zeug und sanken dann betäubt zu Boden; indeß wurde die Mehrzahl gerettet. Buchanan, in seiner Historie von Schottland, erzählt einen Fall absichtlicher Vergiftung im Großen. Die Schotten hätten, von dem Dänenkönig Soeno mit Krieg überzogen, dem feindlichen Heere Bier und Wein, mit dem Saft des Tollkörpers vermischt, in die Hände gespielt; und die durch den Trunk Verwirrten fast sämlich niedergehauen.

Die Belladonna spielt in den Gebräuen der griechischen Bauberer eine bedeutende Rolle. Sie versetzen Getränke mit dem Saft der Wurzel und Beeren und rießen dadurch bei den Bergsiedlern allerlei Visionen hervor, so daß sie in die wunderbarsten Gesichtsausdrücke gerieten und sich in Wölfe und andere reißende Thiere verwandt glaubten. Im Mittelalter sollten Gastgeber sich der Wurzel häufig bestreut haben, um Schmarotzern, denen sie die vorgelegten Speisen damit bestreuten, das Essen zu verleidern. Die Belladonna besitzt nämlich außer ihrer Hirnberückenden auch noch eine das Schlingen in hohem Grade erstickende Wirkung, und so mußten die Nermsten, trotzdem sie die tödlichsten Gerichte vor sich sahen, Hungersnoth erdulden. Ein Votum, daß gegen diesen seinen Willen von der Abgeordnetenhaus-Majorität abgegeben werden würde, müßte er als ungeschehen betrachten. Allfällige constitutionelle Bedenken überließe er den Liberalen, welche damit mutwillig einen Conflict herausbeschwören. — Eine unserer Hochstörles, die in nahen Beziehungen zum Hofe stehen, erklären ihre feindliche Haltung gegen das Ministerium, durch die Mittheilung, daß dem König eine Liste von 36 neu zu ernennenden Pairs vorgelegt, von ihm jedoch abgelehnt wurde. Sowit

altalín übereinstimmende chemisch keine scharf ausgeprägten Merkmale. Von jedem einigermaßen kräftigen Reagens wird es zerstört.

Während es aber dem Chemiker flüchtig fast unter den Händen entfällt, bewahrt das Atropin — auch hierin dem Digitalin gleich — dem Physiologen eine feste und unverdaulbare Treue. Es besitzt nämlich die merkwürdige Gabe, die Nerven der Schleimhukeln von Höhlen und Dessaunen, insbesondere aber den der Regenbogenhaut (Fiss.) zu lähmen, und dadurch eine Erweiterung der Pupille herbeizuführen. Im Augenblick, wo es ins Auge geträufelt wird, beginnt das Atropin eine Wanderung durch die Schichten der Hornhaut, eilt mit der hinter denselben befindlichen, wässrigen Flüssigkeit an die Regenbogenhaut und überwältigt alsbald den Schliefer derselben, so daß ihre Pforte für mehrere Stunden weit geöffnet, und zu einem schmalen Ring erweitert dasteht. Aber nicht bloss auf diesem directen Wege, nein, auch unter die Haut gespritzt, durch den Mund, von einer Geschwulstfläche, von irgend einer anderen Stelle in den Körper gebracht, unter allen Umständen wird es die Pupille des lebendigen Thieres ausdehnen, und nur die der Vogel, welche sich nach Willkür öffnen und schließen kann, mit dieser Wirkung verschonen. Ja, wenn wir ein Käntchen mit dem Kraut der Tollkirsche füttern, und von dem Inhalt seiner Blase, hätte er auch schon einige Tage an der freien Luft geslanden, einige Tropfen in ein Auge bringen, so werden wir dadurch den länglichen Schloß derselben, unter dem sich seine Pupille darstellt, zur Erweiterung nötigen. Sogar aus Stoffen, die schon längst in Fäulnis übergegangen sind, ausgezogen, läßt es denselben sicherer Erfolg. Wird Atropin innerlich angewandt, so wirkt es auf beide Augen, wenn wir es einseitig an, so tritt die Wirkung nur an dem mit dem Mittel behandelten Auge ein, und es genügt schon eine unwägbar winzige Quantität, $\frac{1}{1000}$ ja, nach de Ruyter $\frac{1}{10000}$ Gran, um das wundersame Phänomen zu erzeugen.

Durch diese Eigenschaft der Pupillenausdehnung ist das Atropin dem Augenarzt als Mittel für die manigfachsten Krankheitszustände des Organs lieb und werth geworden, wie kein anderes. Atropin ist sein Factotum; mit ihm verhält oder befehligt er Durchbrüche, Verwachsungen und Entzündungen der Regenbogenhaut, mit ihm heißt er Geschwüre der Hornhaut, mit ihm, wenn er es vor der Operation einträufelt, schlägt er beim Ausziehen des Staates den Augenstein vor möglichen Verlebungen. Atropin bahnt ihm die Strafe, wenn er durch den Augenspiegel die Zustände liegender Gebilde, der Linse, der Linsenkapsel, des Glasbüppers, der Nethaut, erforschen will. Und sperrt ein (nicht ganz gereifter) grauer Star den Lichtstrahlen den Zutritt zur Nethaut, so erleichtert er ihnen denselben, wenn auch nur vorübergehend, durch Atropineinträufelung. Brachte sich doch ein herumziehender Augenkünstler durch dieses Mittelchen bei Staarkanten sehr wohl in den Ruf eines Wunderhäters! Dieser neue Doctor Eisen-

Die Staatschuld der alten Landesheile und des Gesamtstaates seit 1866 besteht am Schluß, d. J. aus 55,506,400 Thlr. 3½ prozentigen Staatschuldscheinen, aus mutmaßlich 165,165,100 Thlr. 4½ prozentigen consolidirten Anleihen, falls die Consolidaion bis Jahreschluss einen Fortschritt um 39,727,950 Thlr. macht, aus 16 verschiedenen nicht consolidirten 4½ und 4 prozentigen Anleihen im Betrage von 72,299,160 Thlr. aus den noch nicht consumirten Eisenbahnanleihen vom Jahre 1872 im Betrage von 19,432,000 Thlrn. aus den 10,420,000 Thlrn. Provinzial-Anleihen zu 3½ Proz. von 1855 aus 1,803,363 Thlrn. probanziellen Schulden, die der Staat übernommen hat, darunter die Kur- und neuärmischen Kriegsschulden, aus den Aktien und Obligationen der Niedersächsisch-Märkischen und der Münster-Hammon Eisenbahn im Betrage von 15,881,837, resp. 1,264,300 Thlrn. endlich aus 10,000,000 Thlrn. Schanzanweisungen.

Von der im vorjährigen Stat aufgeführten Summe an verzinslichen Schulden der alten Landesheile und des Gesamtstaates seit 1866 (358,881,579 Thlr.) sind im Jahre 1872 durch Tilgung abgängen 30,462,049, darunter die 5proz. Anleihe vom Jahre 1859 26,632 Thlr. durch Rundigung und 3,023,200 Thlr. Staatschuldschein; durch weiteren Umtausch gegen consolidirte Anleihe 35,039,460 Thlr. durch Einlösung von Schanzanweisungen 800,000 Thlr., im Ganzen also (mit Einschluß des nicht verzinslichen Reserve-Quantums für unbekannte Anprüche einzelner Gläubiger von allen provinziellen Schulden mit 467,860 Thlr.) 66,769,369 Thlr. Dagegen sind seit Schluß des Jahres 1871 hinzugekommen die so eben erwähnten 35,039,850 Thlr. consolidirte Anleihen, die im Laufe dieses Jahres eingetauscht worden sind, und die vier Eisenbahn-Anleihen der Jahre 1870–72 im Betrage von 24,082,000 Thlr. in Summa 59,159,950 Thlr. werden danach mutmaßlich im Jahre 1873 betragen 369,522,160 Thlr. einschließlich 166,074,837 Thlr. Eisenbahn Schulden, 10,000,000 Thlr. Schanzanweisungen und 18,250,000 Thlr. Kasernenanweisungen.

Die Schulden der alten Landesheile und des Gesamtstaates, seit 1866 die Schulden der alten Landesheile im Jahre 1873, die sich gegen das Vorjahr um 1,593,229 Thlr. vermindern, bestehen in 299,070 Thlr. vorwärts Schleswig-holsteinischen Schulden, darunter 42,000 Thlr. auf den ehemaligen Besitzungen des Herzogs von Augustenburg haften und 246,150 Thlr. Domänen-Obligationen zur Entschädigung der Mühlensbesitzer für Aufhebung des Mahlwanges; 17,957,201 Thlr. hannoverschen, 14,783,900 kurhessischen, 19,100,400 nassauischen, 80,000 Thlr. Hessen-Homburgischen und 7,350,200 Thlr. Frankfurter Schulden. Die gesamte Staatschuld erhebt für 1873 zur Verzinsung 16,594,042 Thlr. (62,993 Thlr. weniger als 1872) und zur Tilgung 8,653,379 Thlr. (814,419 Thlr. weniger).

* [Roma locuta est.] Die „Germania“ bringt unter der Ausschrift „Päpstliche Interpretation der päpstlichen Neuersetzung vom „Steinchen und Colos“ folgende Erklärung:

„Belämmlich hatte es dieser Tane die „National-Zeitung“ wieder einmal für gut befunden, die vielfach kritische Neuersetzung des hl. Vaters vom „Steinchen“ und „Colos“ dahin zu interpretieren, daß der Papst dem deutschen Reich resp. Kaiserthum Verderben gewünscht habe. Das Blatt sagte wörtlich das Folgende:

Der Papst wünschte neulich laut Verderben und Untergang dem deutschen Kaiserthum und Reich. Dieser päpstliche Ungeist wurde von den eigenen Anhängern thöricht befunden.“

Diese unsere neueste Polemik mit der „National-Ztg.“ hat nun mehr den hl. Vater veranlaßt, den Interpretationskünsten, welche, wie man sich erinnert, auch die fröhre nationalliberale, die forschtliche und die offizielle Presse bei der mehrgenannten päpstlichen Neuersetzung sich gestattet hatte, durch eine ausführliche und unzweideutige Erklärung ein: für allemal die Spize abzubrechen.

„Wie uns nämlich heute aus Rom geschrieben wird, hat sich der hl. Vater den Passus aus Nr. 242 der „Germania“, worin wir die Anklagen der „National-Ztg.“ widerlegt, genau übersetzen lassen, und hierauf folgende Erklärung gegeben:

„Eine solche Interpretation (wie vor der „National-Ztg.“ beliebt) beruht entweder auf Unverständ oder auf bösem Willen. Doch darf ich mich nicht beklagen, denn die Feinde des Sohnes Gottes deuten dessen Worte so, daß sie aus denselben bewiesen, er habe den Tod verdient. Warum sollte es mir, seinem unwürdigen Diener, nicht auch so ergehen, daß man nach Belieben meine Worte deute?“

Nach einer Welle fügte er hinzu:

„Meint man jene Worte, die ich vor mehreren Monaten sprach, und durch die ich den Mißbrauch der Macht und die dem Hochmuth folgende Demütigung bezeichnete, so sehe ich in der That nicht ein, was dies mit dem Untergange und dem Verderben des deutschen Kaiserthums und Reiches zu thun haben soll. Höchstens wird eben dieser Mißbrauch der Macht untergehen und der Hochmuth sein Verderben finden. Denn Gott gibt die Macht, er strafft aber früher oder später den schlechten Gebrauch derselben, und er ist es, der erhöht und er niedrigt.“

Nach einer abermaligen Pause fuhr er weiter fort.

„Oder soll wohl gar der Papst für den in Deutschland ans Ruhe ge langen Pseudo-Liberalismus beten? Niemals wird der Papst

hierzu wirklich machen, daß die Blinden sahen — für eine oder zwei Stunden! —

Freilich, solche Heldenhaten, wie auf dem kranken Auge, vermag die Belladonna auf keinem anderen Gebiet des menschlichen Körpers zu verrichten. Wohl gehört sie bei Schmerzen und Krämpfen verschiedener Art zu den wirkvollsten Heilmitteln, allein ebenso oft läßt sie uns auch im Stich, und ist weit entfernt von dem fast mathematischen Erfolg, auf welchen wir in der Augenheilkunde bei ihr zählen können. Sehr zweifelhaft erscheint ihr Nutzen im Reuehusten und in der Epilepsie, ganzlich in Abrede zu stellen ist derselbe beim Krebs und in der Wasserschwellen, gegen welche letztere Krankheit sie im vorigen Jahrhundert von einem Prediger, Namens Münch, über die Maßen gerüstet wurde. Und wenn Hahnemann daraus, daß die Belladonnavergiftung einen scharlachähnlichen Ausschlag und Trockenheit im Halse erzeugt, Symptome, wie sie diese Krankheit mit sich bringt, den Schluss ziegt, so hat ihn die Erfahrung hierin tausendsach widerlegt; keine Eintritt der Welt schlägt gegen den Schallachshaut.

Doch — wir sind in Gefahr, über der Belladonna als Heilmittel ihre besonderen Eigenschaften völlig zu vergessen. Wir haben sie bisher hauptsächlich nur in ihrer einen Beziehung zum Augenstern kennen gelernt, betrachten wir sie auch in ihrer ferneren Wirkungsweise. Belladonna oder Atropin ist als ein Gift zu bezeichnen, welches im Wesentlichen auf das Gehirn gerichtet ist, und nächstdem eine besondere Beziehung zu den Nerven des Schlundes und der Regenbogenhaut unterhält.

Das erste Symptom einer Vergiftung mit Belladonna oder ihren Präparaten besteht in einer lähmungartigen Behaftung des Augus, d. h. dessenigen Nerven, welcher unter andern den Schlund, die Speiseröhre und den Magen versorgt. Es entsteht ein Gefühl von Trockenheit im Mund und Hals, die Speichelabsonderung ist aufgehoben, die Sprache erschwert, das Sphincter so behindert, daß oft, trotz des beständigen Durstes, nicht ein Tropfen Flüssiges hinuntergebracht werden kann; bei Kindern hat man sie und da krampfartige Kieferzusammensetzungen und Zähneknirschen beobachtet — alles Zusätze, die nicht wenig an die der Wasserschwellen erinnern.

Im weiteren Verlauf beginnen die Störungen des Geschmackes. Der Geschmack sättigt an, undeutlich oder doppelt zu sehen, erblickt Funken, Farben und Erscheinungen; die Augäpfel werden hervorragend und gerötet, die Pupille wird unbeweglich und dehnt sich zuweilen so weit aus, daß der Augenstern nahezu verschwindet. Das Gesicht, manchmal auch der ganze Körper des Kranken, bedekt sich mit scharlachartiger Röthe. Dem Kranken wird der Kopf schwer und eingenommen, Schwindel, eine gewisse Trunkenheit mit Gliederschläfern und andere Zusätze bemächtigen sich seiner, die manches mit dem Säuferwahn stimmen.

den Untergang und das Verderben eines Kaiserthums und Reiches wünschen. Wahl aber wünschter, daß zum Wohle des Volkes die Gnade Gottes die Herzen der Regierungen leite, damit sie die Macht nicht missbrauchen, die er ihnen verliehen hat und damit sie sich nicht dem eitlen Hochmuth hingeben, in welchem sie doch einmal werden gedemütigt werden.“

Hiermit dürfte wohl, so bemerkt die „Germ.“, jetzt endgültig die Discussion über das „Steinchen“ und den „Colos“ geschlossen sein!

Wie erscheint aus jenen Neuersetzung, daß der hl. Vater nicht umsonst Theologie studirt hat, er versteht — zu interpretieren.

Dresden, 27. October. [Das „Katholische Kirchenblatt“ über das „katholische Gewissen.“] Unser „Katholisches Kirchenblatt“ zunächst für Sachsen“ bringt in seiner heutigen Nummer eine merkwürdige Erläuterung des Begriffs „Katholisches Gewissen“. Das Blatt beginnt damit die Heilung der Zweifelsucht des Apostels Thomas seinen Lesern mitzuhören und erzählt, daß Bischof Hesse am längsten mit dem Zweifel gekämpft habe. Es folgt nun die Mitteilung, daß dieser Bischof in offenbar großer innerer Aufregung einigen Führern der sogenannten Altkatholiken einen Brief geschrieben, den diese dann später als Beweis der Verleugnung seiner Glaubensüberzeugung veröffentlicht hätten, und es folgt endlich die Erklärung des Bischofs vom 15. October. Letztere steht nun dem Blatte Anlaß zu nachstehend:

Gewißlich war die Versuchung, auf der eigenen persönlichen Ansicht zu verharren, stärker war in ihm das katholische Gewissen, das Bewußtsein, daß, wenn das Zeugniß der mit dem Oberhaupt der Kirche vereinten katholischen Bischofs in Glaubenskästen nicht unschätzbar wäre, ganz gewiß die einzelnen Glieder dieses Gewissens bewegen. Ein solches Glied ist die Gemeinde, und es kann sich nur fragen, ob die Landgemeinden im Stande sind, die ihnen im Entwurf zugewiesene Aufgabe zu erfüllen.“ Nachdem der Bericht diese Frage mit dem Hinweise bejaht, daß keine besondere über das gewöhnliche Niveau hinausgehende Bildung dazu gehöre, die Fälle zu erkennen, in denen sich die Verantwortlichkeit eines Gemeindevorstandes zu äußern hat, fährt er fort: „Insofern die den Gemeindevorständen überwiesene Polizeiverwaltung auf Übertragung des Reichsstrafgesetzbuches sich erstreckt, ist dieses letztere selbst schon eine Art Reichspolizeigesetzbuch, und kann den Gemeindevorständen dadurch, daß man ihnen geeignete Formulare und eine Zusammenstellung der ihnen wissenschaftlichen Gesetze und Verordnungen in die Hand giebt, eine nicht unerhebliche Geschäftserleichterung gewährt werden. Daß zu einer legendreichen Verwaltung des Amtes eines Gemeindevorstandes Willensstärke und Charakterfestigkeit gehören, muß zugegeben werden. Daraus folgt aber noch nicht, daß sich in den Gemeinden nicht auch in dieser Beziehung geeignete Persönlichkeiten finden und heranbilden werden. Auch die Ortsgerichte sollen mit redlichen, aufrichtigen, beständigen und qualifizierten Personen besetzt werden, und man kann nicht behaupten, daß es durchweg an den geeigneten Persönlichkeiten gefehlt habe. Ist es hier und da schwierig gewesen, Beamte zu dem Amt eines Gemeindevorstandes zu finden, so lag der Grund zumeist in der unterordneten Stellung derselben, indem die Gemeindevorstände bis jetzt nur Gegenstände von minder wichtiger Bedeutung zu erledigen hatten und sich weder gegenüber der Gemeinde noch gegenüber der Behörde Stellung verschaffen konnten. In Zukunft wird sich dies anders gestalten. Dadurch, daß dem Gemeindevorstande die Möglichkeit gegeben ist, seinen Anordnungen durch die ihm übertragenen Strafgewalt Nachdruck zu verschaffen, wird nicht blos sein Ansehen sich melden, sondern auch seine Verantwortlichkeit und Thatigkeit sich steigern. Niemand arbeitet gern ohne Erfolg, und es selbstständiger ein Amt ist, desto begehrter wird es sein.“ Endlich erklärt die Deputation noch, ihr Gemeindevorstand mit dem dritten Untertheidungspunkte, welcher die den Bevölkerung selbstständige Güter übertragenden obrigkeitlichen Beurkundungen und Prüfungen den Gemeindevorständen zuweist. Die Gütherberachaften verlieren den Gemeindemitgliedern gegenüber ihre Eigenschaft als Obrigkeit; ebenso fällt die ihnen eingeräumte Concessio in Gemeindeangelegenheiten weg, dagegen erfahren sie infolge einer Steigerung ihrer Rechte und Pflichten, als sie für den Bereich des selbstständigen Gutes die obrigkeitliche Verwaltung bilden, die, gleich dem Gemeindevorstand, ebenfalls Strafverfügungen bis zu 3 Tagen Haft und 10 Thlr. erlassen können, infolge hierbei nicht ihr Privatinteresse beteiligt ist.

Nun, nicht wahr, unsere Jungen sind doch bessere Leute und verrufen mehr Verständnis der Zeit, als die Herren Kleist-Rehov und Genossen im Preußischen Herrenhause?

Aus Hohenzollern. [Verurtheilung.] Den 19. October wurde von dem Schwurgericht zu Hedingen der frühere Decan, so schreibt man der „Bois-Ztg.“, und religiöser lath. Pfarrer Paul Kohler von Owingen wegen wiederholter Nornahme unzüglicher Handlungen mit einer seiner minderjährigen Schülerinnen (von 13—14 Jahren) zu fünfzehn Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 1 Jahr verurtheilt. Da dies ein Verbrechen gegen die Sitlichkeit unter verschloßenen Thüren zur Aburtheilung gelangte, entzieht sich dessen näherer Thatbestand der Veröffentlichung. Dieser höchstwürdige Herr war war auch mehrere Jahre königlich preußischer Schulcommisär; man darf ihm nachjagen, dieses Amt in ähnlicher Weise verwalten zu haben, ist, wie er das Sitzenes Gesetz in seiner Gemeinde handhabte, er wurde aber so zu sagen unter der Hand wie er von der Regierung gnädig entlassen.

Gemeindevermögens, sowie die übliche Genehmigung der Ausschusse bei Erwerbung von Gemeindegrundstücken weg. Wo jedoch die staatliche Ausschusse eintritt, ist die Mitwirkung des Bezirks-Ausschusses vorgeschrieben, auf dessen Zustimmung die Gemeinden infolge Einschluß haben, als die Mitglieder desselben zum Theil von uns aus den Landgemeinden gewählt werden. — Die berichterstattende außerordentliche Deputation der I. Kammer istsligt vor, den betreffenden Paragraphen durchweg die Genehmigung zu ertheilen. — Der zweite Punkt betrifft die Leitung des Sicherheits- und Wohlfahrtspolizei auf die Landgemeinden, und zwar weist der Entwurf dem Gemeindevorstande die Befugnis einer gebenden und strafenden Thatigkeit zu, indem der Gemeindevorstand brecht ist, innerhalb des ihm bei der Polizeipolizei zuständigen Wirkungskreises nichts blos (präventiv) Anordnungen unter Androhung von Strafen zu erlassen, sondern auch (bessernd) Strafen mittels Strafverfügung und in Höhe von 10 Thlr. event. dreifacher Haft zu zuerlegen. Hierbei hat sich die Deputation allerdings in eine Majorität und Minorität geteilt. Letztere, bestehend aus den Mitgliedern Hempel und v. d. Planitz, will dem Gemeindevorstande dieses Strafrecht nicht einräumen, während die Majorität (v. König, Henning, Dr. Koch und Referent Deumer) die Annahme der einschlagenden Bestimmungen empfiehlt. In ihren Gründen sagt die Majorität u. A.: „Die Reorganisation der Behörde läßt sich ohne einen unverhältnismäßigen Kostenaufwand nicht durchführen, wenn nicht wesentliche Teile der obrigkeitlichen Gewalt und der Polizeipolizei auf die Gemeinden übertragen werden. Die Anforderungen an den Staat selbst steigen sich in dem Maße, indem die Verbilligung und der Verkehr wächst. Es muß daher auf eine Entwicklung des Staates Veracht gewonnen werden, und der staatliche Organismus wird um so mehr erschaffen, je selbstständiger sich die einzelnen Glieder desselben bewegen. Ein solches Glied ist die Gemeinde, und es kann sich nur fragen, ob die Landgemeinden im Stande sind, die ihnen im Entwurf zugewiesene Aufgabe zu erfüllen.“ Nachdem der Bericht diese Frage mit dem Hinweise bejaht, daß keine besondere über das gewöhnliche Niveau hinausgehende Bildung dazu gehöre, die Fälle zu erkennen, in denen sich die Verantwortlichkeit eines Gemeindevorstandes zu äußern hat, fährt er fort: „Insofern die den Gemeindevorständen überwiesene Polizeiverwaltung auf Übertragung des Reichsstrafgesetzbuches sich erstreckt, ist dieses letztere selbst schon eine Art Reichspolizeigesetzbuch, und kann den Gemeindevorständen dadurch, daß man ihnen geeignete Formulare und eine Zusammenstellung der ihnen wissenschaftlichen Gesetze und Verordnungen in die Hand giebt, eine nicht unerhebliche Geschäftserleichterung gewährt werden. Daß zu einer legendreichen Verwaltung des Amtes eines Gemeindevorstandes Willensstärke und Charakterfestigkeit gehören, muß zugegeben werden. Daraus folgt aber noch nicht, daß sich in den Gemeinden nicht auch in dieser Beziehung geeignete Persönlichkeiten finden und heranbilden werden. Auch die Ortsgerichte sollen mit redlichen, aufrichtigen, beständigen und qualifizierten Personen besetzt werden, und man kann nicht behaupten, daß es durchweg an den geeigneten Persönlichkeiten gefehlt habe. Ist es hier und da schwierig gewesen, Beamte zu dem Amt eines Gemeindevorstandes zu finden, so lag der Grund zumeist in der unterordneten Stellung derselben, indem die Gemeindevorstände bis jetzt nur Gegenstände von minder wichtiger Bedeutung zu erledigen hatten und sich weder gegenüber der Gemeinde noch gegenüber der Behörde Stellung verschaffen konnten. In Zukunft wird sich dies anders gestalten. Dadurch, daß dem Gemeindevorstande die Möglichkeit gegeben ist, seinen Anordnungen durch die ihm übertragenen Strafgewalt Nachdruck zu verschaffen, wird nicht blos sein Ansehen sich melden, sondern auch seine Verantwortlichkeit und Thatigkeit sich steigern. Niemand arbeitet gern ohne Erfolg, und es selbstständiger ein Amt ist, desto begehrter wird es sein.“ Endlich erklärt die Deputation noch, ihr Gemeindevorstand mit dem dritten Untertheidungspunkte, welcher die den Bevölkerung selbstständige Güter übertragenden obrigkeitlichen Beurkundungen und Prüfungen den Gemeindevorständen zuweist. Die Gütherberachaften verlieren den Gemeindemitgliedern gegenüber ihre Eigenschaft als Obrigkeit; ebenso fällt die ihnen eingeräumte Concessio in Gemeindeangelegenheiten weg, dagegen erfahren sie infolge einer Steigerung ihrer Rechte und Pflichten, als sie für den Bereich des selbstständigen Gutes die obrigkeitliche Verwaltung bilden, die, gleich dem Gemeindevorstand, ebenfalls Strafverfügungen bis zu 3 Tagen Haft und 10 Thlr. erlassen können, infolge hierbei nicht ihr Privatinteresse beteiligt ist.

betrifft die Gemeindevermögens, sowie die übliche Genehmigung der Ausschusse bei Erwerbung von Gemeindegrundstücken weg. Wo jedoch die staatliche Ausschusse eintritt, ist die Mitwirkung des Bezirks-Ausschusses vorgeschrieben, auf dessen Zustimmung die Gemeinden infolge Einschluß haben, als die Mitglieder desselben zum Theil von uns aus den Landgemeinden gewählt werden. — Die berichterstattende außerordentliche Deputation der I. Kammer istsligt vor, den betreffenden Paragraphen durchweg die Genehmigung zu ertheilen. — Der zweite Punkt betrifft die Leitung des Sicherheits- und Wohlfahrtspolizei auf die Landgemeinden, und zwar weist der Entwurf dem Gemeindevorstande die Befugnis einer gebenden und strafenden Thatigkeit zu, indem der Gemeindevorstand brecht ist, innerhalb des ihm bei der Polizeipolizei zuständigen Wirkungskreises nichts blos (präventiv) Anordnungen unter Androhung von Strafen zu erlassen, sondern auch (bessernd) Strafen mittels Strafverfügung und in Höhe von 10 Thlr. event. dreifacher Haft zu zuerlegen. Hierbei hat sich die Deputation allerdings in eine Majorität und Minorität geteilt. Letztere, bestehend aus den Mitgliedern Hempel und v. d. Planitz, will dem Gemeindevorstande dieses Strafrecht nicht einräumen, während die Majorität (v. König, Henning, Dr. Koch und Referent Deumer) die Annahme der einschlagenden Bestimmungen empfiehlt. In ihren Gründen sagt die Majorität u. A.: „Die Reorganisation der Behörde läßt sich ohne einen unverhältnismäßigen Kostenaufwand nicht durchführen, wenn nicht wesentliche Teile der obrigkeitlichen Gewalt und der Polizeipolizei auf die Gemeinden übertragen werden. Die Anforderungen an den Staat selbst steigen sich in dem Maße, indem die Verbilligung und der Verkehr wächst. Es muß daher auf eine Entwicklung des Staates Veracht gewonnen werden, und der staatliche Organismus wird um so mehr erschaffen, je selbstständiger sich die einzelnen Glieder desselben bewegen. Ein solches Glied ist die Gemeinde, und es kann sich nur fragen, ob die Landgemeinden im Stande sind, die ihnen im Entwurf zugewiesene Aufgabe zu erfüllen.“ Nachdem der Bericht diese Frage mit dem Hinweise bejaht, daß keine besondere über das gewöhnliche Niveau hinausgehende Bildung dazu gehöre, die Fälle zu erkennen, in denen sich die Verantwortlichkeit eines Gemeindevorstandes zu äußern hat, fährt er fort: „Insofern die den Gemeindevorständen überwiesene Polizeiverwaltung auf Übertragung des Reichsstrafgesetzbuches sich erstreckt, ist dieses letztere selbst schon eine Art Reichspolizeigesetzbuch, und kann den Gemeindevorständen dadurch, daß man ihnen geeignete Formulare und eine Zusammenstellung der ihnen wissenschaftlichen Gesetze und Verordnungen in die Hand giebt, eine nicht unerhebliche Geschäftserleichterung gewährt werden. Daß zu einer legendreichen Verwaltung des Amtes eines Gemeindevorstandes Willensstärke und Charakterfestigkeit gehören, muß zugegeben werden. Daraus folgt aber noch nicht, daß sich in den Gemeinden nicht auch in dieser Beziehung geeignete Persönlichkeiten finden und heranbilden werden. Auch die Ortsgerichte sollen mit redlichen, aufrichtigen, beständigen und qualifizierten Personen besetzt werden, und man kann nicht behaupten, daß es durchweg an den geeigneten Persönlichkeiten gefehlt habe. Ist es hier und da schwierig gewesen, Beamte zu dem Amt eines Gemeindevorstandes zu finden, so lag der Grund zumeist in der unterordneten Stellung derselben, indem die Gemeindevorstände bis jetzt nur Gegenstände von minder wichtiger Bedeutung zu erledigen hatten und sich weder gegenüber der Gemeinde noch gegenüber der Behörde Stellung verschaffen konnten. In Zukunft wird sich dies anders gestalten. Dadurch, daß dem Gemeindevorstande die Möglichkeit gegeben ist, seinen Anordnungen durch die ihm übertragenen Strafgewalt Nachdruck zu verschaffen, wird nicht blos sein Ansehen sich melden, sondern auch seine Verantwortlichkeit und Thatigkeit sich steigern. Niemand arbeitet gern ohne Erfolg, und es selbstständiger ein Amt ist, desto begehrter wird es sein.“ Endlich erklärt die Deputation noch, ihr Gemeindevorstand mit dem dritten Untertheidungspunkte, welcher die den Bevölkerung selbstständige Güter übertragenden obrigkeitlichen Beurkundungen und Prüfungen den Gemeindevorständen zuweist. Die Gütherberachaften verlieren den Gemeindemitgliedern gegenüber ihre Eigenschaft als Obrigkeit; ebenso fällt die ihnen eingeräumte Concessio in Gemeindeangelegenheiten weg, dagegen erfahren sie infolge einer Steigerung ihrer Rechte und Pflichten, als sie für den Bereich des selbstständigen Gutes die obrigkeitliche Verwaltung bilden, die, gleich dem Gemeindevorstand, ebenfalls Strafverfügungen bis zu 3 Tagen Haft und 10 Thlr. erlassen können, infolge hierbei nicht ihr Privatinteresse beteiligt ist.</p

Antwort auf den ersten Hirtenbrief des Bischofs von Haneberg" lautet in seinen wesentlichen Stellen:

"Sie berufen sich, Hochw. Herr, in Ihrem Hirtenbriefe auf die bekannte Liebe der Pfälzer zum offenen und freien Meinungsaustausch; damit schenken Sie uns selbst zu der Erklärung herauszufordern, daß wir in Ihrem ersten Hirtenworte nichts so sehr vermissen, als eben diese reine und offene Sprache der Wahrheit. Sie geben stillschweigend über das, was wir in den letzten drei Jahren erlebt haben, hinweg, als ob in der katholischen Kirche Alles beim Alten geblieben wäre; Sie ignorieren in Ihrem Hirtenworte die Neuerung, die Sie vor Ihrer Erhebung zur Bischofsstuhle so schmerzlich als eine solche empfunden und so offen bekannt haben. Ja, Sie sprechen von Ihrem bischöflichen Amt mit Vorliebe, als von einer von Gott Ihnen übertragenen Mission, da Sie doch wissen müssen, daß Sie nach der dalmatischen Lehre Ihre Mission nicht mehr, wie die früheren Bischöfe als Nachfolger der Apostel in Wirklichkeit von Gott und von Christus, sondern vom Papste empfangen haben. Wie sollen wir uns dieses Ihr Verhalten erklären? Wir verstehen es, wenn wir Sie als Diplomaten oder Politiker betrachten, aber wir verstehen es nicht von Ihnen als Bischof."

Der Herdebrief schließt im Hinblide auf die Zeit des Arianismus, wo der Papst und die große Mehrzahl der Bischöfe im Glauben schwach geworden waren, mit dem sehnlichen Wunsche, in dem Bischof Haneberg noch, wenn auch nicht mehr einen h. Athanasius, so doch einen sich wieder emanzipierenden h. Sebatus begrüßen zu können.

Aus Elsaf-Lothringen, 24. Oktbr. [Bischof Näs.] — Die Schulbrüder. — Die Generalratswahlen. — Zur Option. — Die kleineren Blätter.] Es ist auffallend, daß unsere einheimischen Blätter nur so geringe Notiz von der Reise des Bischofs Näs nach Baden zu Sr. Majestät dem Kaiser nahmen. Man hat in vielen Kreisen die vollständige Überzeugung gewonnen, der Bischof habe mindestens die Beibehaltung der geistlichen Lehrerschaften (Schulbrüder und Schulschwestern) durchgezogen. Verschiedene Vorgänge und Veranstaltungen scheinen dies zu bestätigen. So ist z. B. in Straßburg das Local, welches die Schulbrüder inne hatten, allerdings verkauft worden, aber nur, weil es eben einen Theil des Jesuitengebäudes bildete; die Schulbrüder aber erwarben neuerdings ein anderes, viel größeres und schöneres Gebäude, den sogenannten Andlauer Hof in der Schreibergasse, das jetzt zu einem geistlichen Lehrer-Seminar vollständig eingerichtet wird und wo der Unterricht ohne Unterbrechung fortgeführt wird. Hierzu kommt, daß nicht nur tatsächlich noch mehrere ausschließlich von geistlichen Lehrern und Lehrerinnen geleitete höhere Anstalten bestehen, in welchen noch ungestört — trotz aller amtlichen Erlasse — nach dem alten französischen Lehrplane unterrichtet wird, sondern daß ein Schul-Inspector in einer öffentlichen Lehrer-Versammlung versicherte, Niemand denke daran, die Schulbrüder und -Schwestern abzuschaffen. Sind die Befürchtungen bezüglich des Ergebnisses der Bemühungen des Bischofs Näs beim deutschen Kaiser wirklich begründet, so können wir uns leider besonders glückverheißenden Zukunft für unsere Schulen versprechen, und doch wären gerade diese hauptsächlich das Mittel, dem Deutschthum den Weg unter uns zu bahnen. Doch wozu so schwarz malen? Die Diktatur wird bald zu Ende sein, dann werden wir uns der Schwarzen schon selber erwehren. Guten Vernehmen nach sollen die Generalratswahlen künftigen 1. December vorgenommen werden, und treten wir also mit denselben schon jetzt in das erste Stadium des constitutionellen Lebens ein. Die Generalräthe bilden — entsprechend den drei Bezirken — drei Sectionen, bestehend aus je einem durch geheime und direkte Wahl ernannten Vertreter der Cantone. Sie haben Sitz und Stimme beim Bezirks-Präsidium, und wird durch ihre endgültige Konstituierung die Dictatur mit all ihren Schrecken sehr wesentlich abgeschwächt. — Bezuglich der Option stellt sich jetzt nach übersichtlicher Schätzung die auffallende Thatsache heraus, daß verhältnismäßig acht- bis neunmal so viel Katholiken und viermal so viel Israeliten als Protestant antritt haben. — Das „Straßburger Tageblatt“ hebt mit Recht als eine erfreuliche Erscheinung die Thatsache hervor, daß die kleinen Blätter in den Provinzen nach und nach mehr dahin gelangen, die eigensten Angelegenheiten ihres Ortes, Kreises und in wichtigen Vorfällen auch der Provinzen zu besprechen und die Behandlung dieser Verhältnisse als ihre Hauptaufgabe zu betrachten. In solcher Wirklichkeit erwerben sich die kleineren Blätter allerdings ein großes Verdienst, welches sich noch bedeutend steigern wird, wenn es nach deutscher Sitte und deutscher Gesetzesvorschrift die Gemeindeverhandlungen öffentlich sein werden.

(R. 3.)

De sterreich.

Wien, 28. October. [Die Vermählung der Erzherzogin

einer solchen zu Lausanne in der vom Dr. Leybold zur Ausbildung von Krankenärterinnen gegründeten Anstalt, schied jedoch schon nach einigen Monaten aus dieser, und Dr. Leybold, froh, sie los zu werden, denn er fürchtete an ihr „ein gewisses unheimliches, unbeschreibbares Etwas“, gab ihr ein vorzügliches Zeugnis. Eines weniger guten Leumundes genoss sie bei andern Personen zu Lausanne. Einer Kranken, Frau Chaboz, reichte sie Nächts wiederholzt zu trinken — nach Kurzem richtete die Frau sich im Bett empor, lachte und schwatzte durcheinander und blickte mit „schrecklich großen, wirren Augen“. Verschiedenen gab sie „Princesses“, schöne Bonbons, und alle mußten sich heftig danach erbrechen.

Wir finden Marie Jeanneret im October 1867 in Genf als Pflegerin in der von Madame Juvet errichteten Pension für alte, gebrechliche Kranke. Sie dient ohne Lohn, widmet sich den Kranken mit Hingabe, wird durch Schmiedelei um die Gunst Aller und weiß den in Genf herrschenden fröhmelnden Ton aufs Glücklichste anzuschlagen. In der Ausübung ihres Berufes jedoch wird sie entschieden vom äußersten Unglück verfolgt. Kaum daß sie einen Fuß ins Haus gesetzt, starben zwei bejahrte Pensionärrinnen, Fräulein Gay und Fräulein Jund, merkwürdiger Weise beide an einer und derselben, von Gehirnzusätzen begleiteten Krankheit. Am 17. Januar 1868 verschaffte Frau Juvet, die Prinzipalin der Anstalt, und kurze Zeit darauf ihre Tochter Julie, ein 11-jähriges Mädchen — beide unter Delirien, beide bis zu ihrer Erkrankung noch von keinem Siechthum heimgesucht. Auch die andern Kinder erkrankten, nachdem sie aus der Hand der Marie Bonbons und Cacao genossen hatten, ebenso ein Dritter, der an dem Frühstück Theil genommen. Indessen genasen dieselben.

Nach dem Tode seiner Angehörigen schloß Herr Juvet sein Institut. Marie folgte einem Rufe von dem Maler Bourcart, um dessen krankliche Schwiegermutter zu warten. Schon nach wenigen Tagen wurde die Dame von ganz seltsamen Zufällen, höchster Unruhe, Erbrechen, Erzittern ergriffen und zeigte einen so heftigen Widerwillen gegen ihre Pflegerin, daß diese aus ihrer Stellung entlassen werden mußte.

Marie Jeanneret, augenblicklich außer Dienst, gab sich als Kostgängerin in das Haus des Herrn Gros, eines würdigen alten Bürgers, dem seine Tochter, Frau Bouvier, eine kinderlose Witwe, die Wirthschaft führte. Als Marie die Schwelle dieses Hauses betreten hatte, sollte das Glück, das bis dahin darin gewohnt, sein Ende erreichen. Frau Bouvier war es, die zuerst erkrankte, und zwar nach einer ihr von ihrer neuen Kostgängerin eingeschenkten Tasse Thee. Alle Zufälle deuteten auf ein tiefes Ergriffensein des Gehirns, und schienen dem sie behandelnden Arzt, Dr. Lombard, so seltsam, daß er den Beirat eines Collegen verlangte; aber auch dieser hatte in seiner 40jährigen Praxis einen solchen Fall nicht erlebt; bald schreckliche Aufregung

Gisela] wird, wie in Pest verlautet, am Jahrestage der Vermählung der Kaiserin (24. April) in Osen stattfinden.

[Pater Scherner begnadigt.] Der Kaiser hat dem Pfarrer Anton Scherner von Biedermannsdorf die über ihn in Folge des Wahrspruches der Geschworenen in dem bekannten von Alois Anton gegen ihn anhängig gemachten Ehrenbeleidigungsprozeß verhängte Arreststrafe in Gnaden erlassen. Der Verurteilte hat übrigens die Strafe noch gar nicht angetreten gehabt.

[Die Leiche Tegetthoff's] wird am 29. October Früh von Wien nach Graz gebracht, dort in der Baumherzigkirche aufgebahrt und um 4 Uhr Nachmittags in der neu erbauten Gruft der Familie Tegetthoff auf dem Leonhard Friedhof beigesetzt werden.

[Vom Weltausstellungsbau] Die Eindeckung der Rotunde mit den Radialspalten ist gestern Vormittags durch das Aufziehen des leichten (dreigestrichen) Sparren vollendet worden. Gestern Nachmittags war das Innere der Rotunde zur Besichtigung geöffnet und der Ausstellungsort war gewiß von 15,000 Menschen besucht, deren Masse aber freilich in den ungewöhnlichen Räumen der einzelnen Bauten verschwand. In den Tourniquets herrschte ein solches Gedränge, daß schließlich der Einlaß durch die kontrollirenden Apparate nicht mehr genügte und die sonst nur für den Ausgang bestimmten Thüren auch für den Eintritt geöffnet werden mußten.

Osen, 27. October. [Cholera.] Der Minister des Innern Herr

v. Toth begab sich heute um 9 Uhr Morgens zum Bürgermeister der Stadt Osen, um bezüglich der Cholera-Epidemie Informationen zu holen, da der größte Theil der Hofsiedlerschaft zerstreut in allen Stadttheilen Ossens bequartiert ist. Bis jetzt (Sonntag Früh 10 Uhr) sind in Osen im Ganzen 32 Individuen von der Epidemie befallen worden, unter denen 18 bereits starben. In der Nacht von gestern (Sonnabend) bis heute (Sonntag) wurden 11 Personen cholera-tant, von denen bis zur Stunde 6 starben. Sämtliche Aerzte Ossens halten heute um 10 Uhr im Magistratssaale eine Conferenz. Der Bürgermeister Herr Petrovics erließ einen Aufruf an sämtliche Aerzte Ossens, in welchem er sie dringlichst bittet, die größte Aufmerksamkeit auf die Desinfektion aller Häuser und insbesondere der von Kranken bewohnten zu lenken.

Italien.

Rom, 23. Oktbr. [Finanzielles.] Hiesige und auswärtige Blätter haben sich in letzter Zeit viel mit den drei Millionen beschäftigt, welche das Garantiegebot jährlich dem Papste bestimmt. Ein viel gelesenes, aber mehr durch Effecthascherei um jeden Preis als durch Zuverlässigkeit seiner Nachrichten bekanntes Blatt, die „Capitale“, ließ sogar schon Gadda sich zu Antonelli versetzen, um ihm die Summe, deren Betrag genau 3,225,000 Lire ist, in Rente einzuhändigen. Das Letztere würde, wenn Thatsache, freilich einen gänzlichen Umschwung auf Seiten der Curie in ihrer bisherigen Haltung dem Garantiegesetz gegenüber konstatiren; es liegt dafür jedoch kein Anhaltspunkt vor. Am allerwenigsten wird gerade jetzt für die Curie der Geldpunkt von Bedeutung sein, wo nach umsichtig angestellten Berechnungen die jährlichen Ergebnisse der Peterspfennigs die von der italienischen Regierung angebotene Summe wenigstens um das Viertel übertrifft. Die Regierung hat nur allerdings in diesen Tagen die drei Millionen wiederum angeboten; sie hat noch ein Nebriges gethan, und die Rententitel, die speziell zu dem Zwecke in der Druckerei für Staatspapiere hergestellt worden sind, nach einer Notiz der „Opinione“ auf seinem Papier als typographisches Masterwerk drucken lassen; aber der Erfolg wird natürlich derselbe sein — legt's zu dem Nebigen! Dabei entsteht aber für die Finanzverwaltung doch eine heikle Frage. Voraussichtlich wird die Curie sobald ihre Stellung nicht ändern. Aber es könnte sich doch, etwa nach einem Jahrzehend, ein Umstoss vollzogen haben, der sie geneigt mache, wenigstens diesen Theil des Garantiegesetzes anzunehmen, oder es könnten auch die Hände der Gläubigen des ewigen Gebens müde werden: würde sie dann nicht im Stande sein, der Finanzverwaltung große Schwierigkeiten zu bereiten, indem sie mit einem Mal die ganze Summe zurückfordert, die ihr nebenbei noch mit fünf Prozent verzinst wird? Ohne Zweifel. Aber das Gesetz über das staatliche Rechnungswesen hat für diesen Fall eine Bestimmung, in Folge deren die betreffende Summe doch nicht zu gewaltig anwachsen kann. Es steht fest, daß alle Forderungen an den Staat fünf Jahre nach dem Termin, an dem sie anerkannt worden sind, versallen, wenn dem Gläubiger Nachricht gegeben worden ist, daß ihre Einziehung erfolgen kann. Mit Rücksicht darauf ist es von Wichtigkeit, daß der Staat die drei Millionen zur bestimmten Zeit bereit stellt und der Curie anzeigen, daß sie dieselben in Empfang nehmen könne.

[Zur Laurionsfrage.] Die „Trient. 2.“ und die „N. et. Pr.“ enthalten von hier folgende Nachricht, für deren Richtigkeit wir die beiden Zeitungen die Verantwortung übernehmen lassen.

Nach langen Unterhandlungen und nachdem es beinahe zu einem diplomatischen Brüde gekommen, ist endlich, so schreiben die erwähnten Blätter, „Dank der freundlichen Vermittelung der englischen Regierung, die unter dem Namen Laurionsfrage zwischen der französischen und der italienischen Regierung einerseits und der griechischen Regierung andererseits entstandene Differenz in befriedigender Weise endgültig beigelegt worden. Die französisch-italienische Gesellschaft, welche die Concession zur Bearbeitung der Laurion-Minen erhalten hatte, und wegen welcher eigentlich der Conflict ausgebrochen war, verzichtet auf ihren Contract und tritt zurück und wird statt ihrer eine anonyme Actiengesellschaft, zu deren Hauptteilnehmern aber die erwähnte französisch-italienische Gesellschaft selbst gehört, gebildet, welche den Betrieb der Minen übernimmt. Aller Phrasen entkleidet, besteht also das Übereinkommen darin, daß die mit der Bearbeitung der Laurionminen beauftragte französisch-italienische Gesellschaft Firma und Namen wechselt und dafür von Seiten der griechischen Regierung entschädigt wird, sonst bleibt so ziemlich Alles beim Alten. Die griechische Regierung hat bereits einen Bevollmächtigten in der Person des früheren Ministers und Deputirten Valsaritis nach London und Paris entsendet, von wo er sich nach Rom begibt, wo das endgültige Übereinkommen zwischen den Bevollmächtigten der französischen, italienischen und griechischen Regierung abgeschlossen und das betreffende Protokoll auch vom englischen Gesandten als dem Vertreter jener Macht, welche den Vergleich zu Stande brachte, gesertigt werden wird.“

[Zur städtischen Verwaltung. — Zum Schulwesen.] Es scheint, daß wir in Rom endlich einen Maire bekommen werden. Bekanntlich war dieser Posten bisher nur provisorisch besetzt. Jetzt ist auch dieser provisorische Maire, G. Grispigni, Krankheit halber zurückgetreten. An seiner Stelle wählt der Gemeinderath den Grafen Pianciani in die Giunta. Es heißt, daß die Regierung sich entschließen wird, dieses mit großer Stimmenmehrheit erwählte Mitglied des Ausschusses zum Haupt der Stadt zu ernennen. Dies wäre für die städtischen Angelegenheiten, mit denen es geradezu schaudhaft steht, ein großer Vortheil, denn Pianciani ist ein energisches und arbeitsames, in praktischer Thätigkeit vielfach probtes Verwaltungstalent. Außerdem gehört derselbe der parlamentarischen Linken an und seine Ernennung würde somit auch einen politischen Charakter haben. Das Ministerium würde damit zeigen, daß es sich aus der Vormundschaft der extremen Rechten, der Consortenpartei, allmälig zu befreien gedenkt und seinen Sitzpunkt immer mehr in den Mittelparteien, im linken und rechten Centrum suchen will. Ist doch das Ministerium zum Theil selbst aus diesen Parteien hervorgegangen, und nur dadurch, daß es sich zu sehr von einigen der Rechten angehörigen Mitgliedern nach jener Seite hinüberziehen ließ, hat es in letzter Zeit bedenklich an Credit verloren. Die erbärmliche Schwäche, die die Consorten gegen Frankreich wie gegen die Clericalen bewiesen haben, die moralischen Schläge, die sie von diesen ihren beiden „Freunden“ zum Lohn dafür erhalten, haben im Lande solche Entrüstung hervorgerufen, daß man sich doch zu bestimmen beginnt, ob man in dieser Weise fortwährenden kann! Die energischeren Elemente im Ministerium sind durch diese Kundgebung der öffentlichen Meinung gestärkt. Es kommt nur darauf an, daß sie von den gemäßigten Parteien des Parlaments gehörig unterstützt werden, daß man nicht wegen kleinlicher Differenzen sich entweit und dadurch das gesamte Ministerium preisgegeben wird. Der Entschluß des Ministers des Innern, den Grafen Pianciani zum Ober-Bürgermeister Roms zu ernennen, wird jedenfalls viel dazu beitragen, die Positionen der der Fortschrittspartei treu gebliebenen Minister dem Parlament gegenüber zu stärken. Pianciani wird alle Hände voll zu thun haben, wenn er an die Spitze der städtischen Verwaltung kommt. Bauten sieht man fast nirgends sich erheben, und doch wächst die Bevölkerung von Woche zu Woche und ist die Wohnungsltheuerung besonders für die unteren Klassen geradezu schrecklich. Elementarschulen hat die Commune zwar gegründet, aber viel zu wenig. Von 35,000 dem Alter nach schulpflichtigen Kindern besuchen in der Hauptstadt des Landes bloß 13,000 die Schulen, und von diesen 13,000 gehen bloß etwas über 3000 in die Communalschulen. Die übrigen 10,000 sind in den Händen der Pfaffen, die sie in ihren Anstalten in der Feindshaft gegen ihr Vaterland erziehen. 22,000 aber besuchen gar keine Schule, und viele von diesen deshalb nicht, weil die Eltern sie nicht in die clericalen Abriktungs-Anstalten senden wollen, in den Communalschulen aber kein Platz mehr ist. Hier findet der neue Maire ein Gebiet für seine Thätigkeit, auf dem er sich wahrhafte Verdienste erwerben kann. Möge er den Erwartungen entsprechen, die man von ihm hat.

Am 21. Juni 1868 wird sie verhaftet. Bei der Haussuchung fand man 17 verschiedene Fläschchen mit Arznei, Chloroform, Opiumtinktur, außerdem Pulverschachteln mit Brechwinestein und Morphium. Alle diese Gifte hatte die Jeanneret sich aus neun Apotheken in einem Zeitraum von 8 Monaten verschafft und in einer solchen Menge, daß allein der Atropin vorrat zur Tötung von 40 Erwachsenen genügt hätte. Die sechs Leichen wurden ausgegraben, und in fünf derselben Atropin durch die bekannte Einwirkung auf das Katzen- und Kaninchenauge klar nachgewiesen.

Am 23. November begannen die Verhandlungen vor dem Schwurgericht zu Genf. Die Angeklagte mit ihrer dünnen kleinen Gestalt, ihrer Adernase, den vorspringenden Augen machten den Eindruck eines Raubvogels. Da der Thatbestand an sich, trotz der Gewandtheit und Lügenfertigkeit der Angeklagten, erschlich kaum angefochten werden konnte, so legte der Vertheidiger sich hauptsächlich darauf, ihre Unzurechnungsfähigkeit zu beweisen, gestützt auf das Gutachten des Dr. Dor. Hier-nach sollte Marie Jeanneret bei Begehung ihrer Handlungen durch eine fixe Idee, eine Art Monomanie geleitet worden sein, ihre Verstandeskräfte seien in Folge ihrer hysterischen Nervenreizbarkeit geschwächt gewesen; noch mehr hätten sie durch den beständigen jahrelangen Gebrauch der Belladonna gelitten; wie Opium und Haschisch allmälig den Geist zerrüttet, so geschehe es auch beim Atropin; unter dem Gesichtspunkt eines „permanenter Atropinrausches“ und einer dadurch verminderter Zurechnungsfähigkeit müsse ihre ganze Handlungswise ausgefasst werden. Wie mit diesem „permanennten Atropinrausche“ sich eine in allen übrigen Lebensverhältnissen ungetrübte Geistesklarheit und eine im Wesentlichen ungebrochene Gesundheit des Körpers vertragen möchten, wurde nicht weiter erörtert.

Und diese Anschauung einer theilweise Gemüthsverwirrung, nicht die entgegesezte der drei anderen Sachverständigen, trug bei den Geschworenen den Sieg davon. Die Atropinheldin wurde für „schuldig unter milderen Umständen“ erklärt, und zur Büßung von 20 Jahren Zuchthaus und 10,000 Franken Entschädigung an Herrn Juvet zu entrichten, verurtheilt.

In Genf aber war man überzeugt, daß die Jeanneret nicht 6, sondern 16 Giftmorde mit vollem Bewußtsein verübt habe, und fand es durchaus ihrem boshaften Charakter entsprechend, als man später erfuhr, sie habe im Zuchthause beim Wäscheglätteln einer Aufwärterin, aus Neid über ihr hübsches Gesicht, ein glühendes Eisen in dasselbe gestoßen. Und damals waren die Folgen des Atropinrausches sicher schon verflogen! —

Mit zwei Beilagen.

Mittwoch, den 30. October 1872.

(Fortsetzung.)

[Die Cardinale Bonnechose und Cullen] scheine Rom in der ärgerlichen Stimmung von Leuten verlassen zu haben, die ihren Zweck versieht und mancherlei Täuschung erfahren haben. Dafür spricht schon ein Brief von Bonnechose an den Redakteur des „Debats“, in welchem er ohne jeden erkennbaren Anlaß von dem unerschütterlichen Willen des Papstes spricht, Rom nicht zu verlassen, so lange die Umstände es erlauben. Die Curie und ihre Organe sind in solchen Dingen viel schwergewandert. Eine weitere, noch viel bedeutsamere Neuherfung des Cardinals Cullen heißt ein Correspondent der „Gazzetta di Napoli“ mit: „Dieser Benedetto Pio IX.“, habe Cullen gesagt, „ist zu sehr Italiener, und ein rechter Papst sollte sich von aller Nationalität frei halten. Noch ein Jahr dieses Lebens zwischen Ja und Nein und noch ein anderer Italiener auf dem Stuhle St. Peters, und das „Non possumus“ hat allen Credit in der Welt verloren, und man wird das Papstthum unter italienische Wurmundshaft stellen.“

[Eine Strafcolonie.] Der Schiffs-Capitän Raehia, welcher unlängst an Bord der „Clotilde“ die Reise um die Welt gemacht hat, wird sich bald wieder nach Borneo einführen, um die zu Strafcolonien bestimmten Inseln des indischen Archipels in Besitz zu nehmen, welche unsere Regierung aus dem Staate des ausgezeichneten Seemanns erworben hat. Wie es mit dieser „Erwerbung“ steht, scheint noch nicht klar zu sein; wenigstens schreiben die „Ital. Nachr.“, die Besitzergreifung der beiden Inseln im Archipel von Borneo solle im Erroberungswage erfolgen. Die Inseln sind von Wilden bewohnt, haben aber ein sehr gutes Klima. Vorläufig werden alle auf Lebenszeit Verurteilten dahin transportiert und von einem Bataillon Marinesoldaten und zwei Kriegsschiffen, welche in den dortigen Gewässern stationieren sollen, überwacht werden. Die Regierung wird gleich nach Wiedereröffnung des Parlaments die Einführung der Deportationsstrafe in das Strafgesetzbuch vorschlagen und die für die Colonisation nötigen Fonds verlangen.

[Budget des Kriegsministers.] In Folge der neuen Heereseinrichtungen beläuft sich das Budget des Kriegsministeriums im nächsten Jahre auf 169,559,740 Lire, wovon 148,432,740 L. für die ordentlichen und 21,127,000 L. für die außerordentlichen Ausgaben bestimmt sind. Die ordentlichen Ausgaben dienen zur Unterhaltung von 203,827 Soldaten mit 10,414 Offizieren aller Grade. Darunter befinden sich 2200 Mann, welche den Soldaten gleichgestellt sind und 2556 Beamte, die der Centralverwaltung mit beigegeben. Die Stärke der Cavallerie beläuft sich auf 6733 Offiziere und 23,934 Mann-Lassen.

Frankreich.

* Paris, 27. Oktbr. [Hirtenbrief des Bischofs von Nantes.] Der Bischof Felix von Nantes, wie sein Namensbruder von Orleans, einer der Führer der ultramontanen Partei, hat sich bemüht gesehen, aus Anlaß der Sammlungen für die herüber gewanderten Elsass-Lothringer einen fulminanten und in nichts weniger als christlichem Tone gehaltenen Hirtenbrief zu erlassen:

Aus den blutigen Weichen des Vaterlandes, heißt es in diesem Schreiben, reissen Gottlose Feinde mit gewalthätiger Hand zwei Provinzen, Elsass und Lothringen. Schaudernd unter einem verabscheuten Jude und gezwungen, zwischen einer fremden Nationalität und der Meidung des Bodens zu wählen, auf dem sie das Licht der Welt erblickt haben, ziehen diese heldenmuthigen Bevölkerungen den Ruin und die Verbannung vor. Ausgeraubt, elend und Wuth im Herzen, klopfen sie an die Thür Frankreichs und bitten um eine schützende Zuflucht... Ja, diese brutal vertriebenen Bevölkerungen röhren unter Herz; denn kein Theil unseres Frankreich hat mehr gelitten und leidet noch in diesem Augenblide mehr. Auf ihnen lastete schwerer als auf allen anderen das Zoll der Invasion. Wenn unsere Bretagne in der Zeit des Unglücks wider ihre Pflichtthat, wenn unsre tapferen Landsleute auch mit dem Leben nicht gespart haben, so ist wenigstens der Krieg mit seinen Gräueln nicht bis zu ihnen gelangt, der abscheuliche Germane hat uns nicht beschimpft und unbarmherzig misshandelt, namentlich aber hat er uns nicht unseren Boden und unsere Unabhängigkeit genommen. Wir sind und bleiben Franzosen. Sie dagegen, die treuesten Kinder Frankreichs, welche so oft mit ausdauerndem Heldenmuthe an der Grenze über unser Vaterland gewacht, es vertheidigt und gerettet haben, sie müssen nun in die Verbannung ziehen und Eltern, Freunde, Haus und Hof im Stiche lassen. Ein unbarmherziges und barbarisches Gesetz in der Hand, treiben fühllose Sieger diese Franzosen, unsere Brüder, vor sich her. Seid die Unfrigen! rufen sie ihnen zu. Erringt unser Joch, werdet Preußen, oder fliebt weit von uns. Und alles, was aus Elsass und Lothringen fliehen kann, zieht mit Verwünschungen ab, einige mit himmlischer Entzagung... Ja, Elsässer und Lothringer, unsere Brüder, wir werden Euch nicht im Stiche lassen. Jüngst bei der National-Wallfahrt von Lourdes wurden Eure heiligen Banner unter Thränen an der Seite der Banner Frankreichs begrüßt. Unsere Priester schworen Euch Hilfe und diese brüderlichen Eide sollen keine leeren Worte sein. Diese großen Feste, die man nicht verstanden, die man sogar verleumdet hat, bedeuteten die katholische Einheit Frankreichs in der Erfüllung der Werke der christlichen Liebe und des Glaubens. Und welches Unglück wäre jemals würdiger und heiliger gewesen! Elsass-Lothringer, Ihr seid ein sittliches, gläubiges und musterhaftes Volk! Bei Euch hat der Glaube seine ganze Autorität behalten, die Familie ist geachtet, die kirchlichen Gebräuche werden gefüllt. Ihr gebt uns das Beispiel der Arbeit, der Ordnung, der Sparsamkeit. Euer Zugebrachtes in die große französische Gesellschaft war bedeutend. Ihr seid würdig und ehrenwerthe Mitglieder unserer vaterländischen und kirchlichen Familie.

[Von der deutschen Occupationssarmee.] Am Donnerstag, schreibt man der „R. B.“, hielt eine nach dem Lager bei Chalons bestimmte Abteilung von Krankenträgern irrtümlicher Weise auf dem Bahnhofe der Stadt Chalons an; die Krankenträger betraten die Stadt und einer derselben stieß eine deutsche Schildwache bei Seite und wurde dafür von der deutschen Behörde zu dreitägigem Gefängnis verurtheilt. Die deutsche Behörde ließ die Krankenträger enttäuschen, gab ihnen jedoch die Waffen zurück, als sie abrückten. Die französische Behörde verurtheilte den Unteroffizier, der die Abteilung der Krankenträger führte, zu fünfzehn Tagen Gefängnis, weil er seine Leute auf dem Bahnhofe gelassen hatte; der Krankenpfleger, der die deutsche Schildwache gestoßen, erhielt dieselbe Strafe. Die Räumung geht seit General Manteuffels Rückkehr lebhaft voran. Am Montag den 4. November ist definitiv der Tag, an dem die letzten deutschen Truppen die Departements der Marne und oberen Marne verlassen. — Der Vorfall in Chalons wird, wie das „Bien Public“ sagt, Dank der Klugheit der deutschen und der französischen Behörden, keine schlimmen Folgen haben und nur zu einer Verdopplung der Vorsichtsmahregeln Anlaß geben. — Laut „Tempo“ drohen die Baraken, obgleich sie noch gar nicht bezogen sind, bereits den Einsturz. Gestern waren in Chalons 300 Mann Deutsche angekommen und wurden bei den Bürgern einzquartiert. Sie befinden sich aber nur auf dem Durchmarsch.

[Pater Seecht.] Die „Correspondenz Havas“ kommt in einem offiziösen Artikel auf den Austausch von Erklärungen zurück, welcher zwischen der französischen und italienischen Regierung wegen des Exschelvens des Paters Seecht als Vertreters des heiligen Stuhles in der Meter-Commission stattgefunden hat. Die französische Regierung hat der italienischen bemerklich gemacht, daß sie über die Meter-Commission keine Macht habe. Dieselbe sei im Jahre 1867 zusammengetreten und damals habe. Dieselbe sei im Jahre 1867 zusammengetreten. Dieses Jahr habe der Pater Seecht in ihr den heiligen Stuhl vertreten; und der Pater Seecht sei wie alle seine anderen Collegen von dem Präsidenten der Commission einberufen worden und unter Belbehaltung erschienen. Die französische Regierung sei sowohl der Einberufung als diplomatische Zwischenhandlung der Commission gänzlich fremd geblieben. Dieser hinzufügt, vollständig erledigt ist damit, wie die genannte Correspondenz

[Akademisches.] Vorgestern Nachmittag fand in der Rotunde

des Instituts von Frankreich die öffentliche Jahresitzung der fünf Akademien statt. Die Sitzung wurde von Camille Doucet eröffnet, der den Präsidentenstuhl einnahm und zunächst daran erinnerte, daß vor 77 Jahren das Institut durch Vereinigung der früheren Akademien unter einer neuen Organisation gegründet ward, „auf den ersten Thümmer Frankreichs, dessen Unsterblichkeit alle Schiffbrüche überlebt“. Er erinnerte sodann an den Verlust von 14 Mitgliedern, welche das Institut seit einem Jahre durch den Tod erlitten habe, und sagte über jedes Worte des Lobes. Bei dem Nachrufe auf Carafa, „der einen Augenblick gegen Auber in die Schranken treten konnte“, äußerte Doucet: „Der Ruhm unserer Künste, m. h. wird die Trauer unserer Waffen rächen. Wenn die Kanone schweigt, lassen sich die besseren Stimmen vernehmen; wenn die blutige Schlacht zu Ende ist, sangen die edleren Kämpfe an.“ Für die Wissenschaft und für die Literatur ist der Augenblick gekommen, in's Feld zu rücken und zu kämpfen, und so hat Frankreich stets seine Rache vorbereitet und genommen. Vertheidigen wir, was uns vertheidigt, ehren wir, was uns ehrt, und lassen Sie uns, ob ungünstig über das, was wir verloren haben, um so stolzer auf das sein, was uns bleibt.“ Doucet verkündigte hierauf, daß der alle zwei Jahre zu verhöhnelnde Preis von 20,000 Fr., der durch Decret vom 14. April 1855 für das Werk oder die Entdeckung gestiftet wurde, wodurch dem Lande am meisten Ehre oder Nutzen gebracht worden, dem hervorragenden Historiker Guizot ertheilt worden sei, „ein Preis, der vor zehn Jahren dem großen Geschichtsschreiber der französischen Revolution und des Consulats und Kaiserthums ertheilt worden und jetzt mit gleicher Gerechtigkeit dem Meister, dem Weisen, dem Philosophen ertheilt werde, der aus der Rolle seiner heiteren Zurückgezogenheit noch die Geschichte Frankreichs den Söhnen lehre, wie er einst den Vätern die Geschichte der Civilisation schrieb.“ Den Preis Volney erhielt Joseph Halevy für seinen „Essai d'épigraphie cyproite.“

[Personalien.] Vorgestern war im Paris das Gericht verbreitet, daß Herr Guizot an dem Tode liege. Dagegen kann das „Journal des Debats“ heute versichern, daß Herr Guizot, der sich noch immer auf seiner Festung Val-Richer aufhält, sich trotz seiner 85 Jahre niemals wohler befunden hat. — Der Herzog v. Gramont befindet sich entschieden in der Besserung.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 29. October. [Tagesbericht.]

* [Communales.] Herr Oberbürgermeister von Forckenbeck tritt nicht gerade unter den günstigsten Verhältnissen in die Leitung unsere Communalverhältnisse ein. Das in den letzten Decennien ganz abnorme Wachsthum unserer Stadt hat eine so große Menge von Bedürfnissen hervorgerufen, daß die Bekleidung derselben mit Aufgebot aller Mittel und selbst mit Zuhilfenahme einer bedeutenden Anteile nicht erzielt werden konnte. Während also noch viele Bedürfnisse ihrer unabsehbaren Bekleidung harren, steigt das Wachsthum mit jedem Tage, und mit jedem Tage erweitern sich die bestehenden Anforderungen und finden sich neue. Wenn sich auch gleichzeitig mit den Bedürfnissen die Einnahme-Quellen erweitern, so geschieht es doch nicht in dem Grade, daß die mannigfachen, neuen Schöpfungen aus ihnen bestritten werden könnten. Da ist nun allerdings eine Anteile an dem Platze. Sie ist auch gemacht worden; aber schon jetzt ist ersichtlich, daß auch sie nicht ausreicht, um nur die nothwendigsten neuen Schöpfungen in's Leben zu rufen. Dazu kommt, daß die Anteile durch Verzinsung und Amortisation die Anforderungen an den Stadtsackel um ein sehr Bedeutendes vermehrt. — Nehmen wir z. B. nur ein Bedürfnis, allerdings das wichtigste, das Schulbedürfnis. Was ist nicht in den Vorjahren geschehen, um diesem Bedürfnis volle Bekleidung zu gewähren? und mit jedem Tage wächst dieses Bedürfnis. Ist eine neue Schule erbaut, so hat sich bereits als nothwendig herausgestellt, zwei andere neue Schulen zu errichten. Dazu kommt die Erweiterung der Volksschulen in vier- und sechsklassige, die Theilung derselben in Knaben- und Mädchen-Schulen, die Erweiterung der Mittelschulen — welches alles in baulicher Beziehung, in Beschaffung der Subsellien und Lehrmittel, in Vermehrung der Lehrkräfte, ungeheure Ansprüche an den Stadtsackel verursacht. Um sich einen Begriff zu machen, welche Aufwendungen in neuester Zeit in dieser Richtung hin gemacht worden sind, diene die Notiz: daß bereits in diesem Jahre allein aus dem Substanzgelderfonds (ganz abgesehen von den laufenden Ausgaben) für Schulzwecke 129,197 Thaler bewilligt worden sind. In ähnlicher Weise müssen in vielen anderen Verwaltungs-Branchen die Ausgaben erhöht werden. Wenn man die bereits fertigen Etats-Entwürfe für das Jahr 1873 mit den genehmigten Etats für das Jahr 1872 vergleicht, so wird man eine klare Einsicht in diese Finanz-Angelegenheit erhalten. Nehmen wir z. B. einige Etats vor, welche Zuschüsse aus der Kämmereikasse beanspruchen, so sehen wir, daß für das Jahr 1873 weit größere Zuschüsse als bisher beansprucht werden. Oben an steht auch hier das Schulwesen. So beansprucht z. B. der Etat der Lehrer-Besoldungen und Pensionen für das Jahr 1873 einen um 64,010 Thaler höheren Zuschuß als für das Jahr 1872. Der Etat für die Verwaltung des Stadtschuldenwesens fordert für 1873 einen um 36,175 Thlr. höheren Zuschuß als pro 1872; der Etat für die Beamten-Besoldungen einen um 25,177 Thaler größeren Zuschuß; der Etat für die städtischen Bauten einen um 16,515 Thlr. höheren Zuschuß; der Etat für die Straßenbeleuchtung einen um 15,910 Thlr. höheren Zuschuß; der Etat des städtischen Armenhauses einen um 13,290 Thaler höheren Zuschuß; der Etat für das Feuerlöschwesen einen um 8,390 Thlr. größeren Zuschuß; der Etat für die Elementarunterrichtsangelegenheiten einen um 6,430 Thaler größeren Zuschuß u. s. w. u. s. w. — Allerdings ist bei anderen Etats auch ein Steigen der Überschüsse zu bemerken, doch ist dies nicht derartig, daß durch sie das Mehr der Zuschüsse gedeckt werden könnte. So ergiebt der Etat für die Verwaltung der Steuern, Handels- u. c. Abgaben und Gefälle für das Jahr 1873 allerdings einen um 113,420 Thlr. höheren Überschuss als pro 1872, doch sinkt nach diesem Etat das Mehr der Überschüsse auf weit kleinere Beträge, als wie z. B. auf 5, 4, 3, 2000 Thlr. u. c. herab. Dazu kommt im Extraordinarium eine Gesamt-Ausgabe von 51,447 Thlr. 15 Sgr. 9 Pf. — Der gesammte Stadthaushalt-Etat projectirt eine Einnahme von 1,396,105 Thaler, dagegen eine Ausgabe von 1,482,854 Thlr. 15 Sgr. 9 Pf., so daß also ein Deficit von 86,749 Thlr. 15 Sgr. 9 Pf. entsteht. Woher soll dieses Deficit gedeckt werden? — Diese Frage zu beantworten, ist jetzt Aufgabe des Magistrats und der Stadtverordneten. Wahrließ keine leichte Aufgabe! und den Finanzmännern gebührt der entschiedenste Dank der Commune, wenn die Lösung eine zweckentsprechende und mit dem Wohle der Bevölkerung im Einklang stehende ist.

H. [Schlesischer Bädertag.] Die unter dem 3. Juli d. J. an die Directionen schlesischer Bäder gerichtete Einladung zur Abhaltung eines allgemeinen schlesischen Bädertages hat warme Theilnahme und

Anklage gefunden. Es hatte sich heute Vormittag 10 Uhr eine recht ansehnliche Zahl von Vertretern schlesischer Bäder in Galisch's Hotel versammelt, um über die aufgestellte, ungemein reichhaltige Tagesordnung in Bezugung zu treten. Nach der festgestellten Präsenzliste waren vertreten: Charlottenbrunn durch Bade-Director Engels, Cudoma durch Herrn von Beitz, als Vertreter des Bathers, Flinsberg durch die Herren Cameral-Director von Berger, Bade-Inspector Klapper und Badearzt Dr. Adam, Gocallowitz durch den Bather Schiller, Görbersdorf durch den Bather Dr. Brehmer, Johannishof durch Badearzt Dr. Bauer, Königsdorf-Jastrzem durch Herrn E. Heymann und Dr. Juliusberg, Landed durch Bürgermeister Birke und Stadtbaurat Gottwald, Geh. Rath Dr. Lange, Dr. Wese und Dr. Schüle, Langenau durch Badearzt Hanke, Muskau durch Sanitätsrat Brognow, Ober-Salzbrunn durch Sanitätsrat Dr. Biesel, Sanitätsrat Dr. Drescher, Salzbrunn (neue Quelle) durch Bather Demuth, Reinerz durch Bürgermeister Dengler, Dr. Neff und Apotheker Winkler, Warmbrunn durch Cameral-Director v. Bergen, Dr. Höhne und Bader-Inspector Lieutenant Heller. Zuflüssig anwesend ist und nimmt an den Verhandlungen Theil Dr. Nägel aus Görlitz.

Herr Bürgermeister Dengler eröffnet die Verhandlungen, indem er die Anwesenden willkommen heißt. Er habe, führt derselbe aus, nicht gehofft, daß die von ihm ausgesgangene Idee einen solchen Umsfang gewinnen würde. Das ist geschehen, daß gebühre zunächst der Presse der Danz, welche dieselbe in die entferntesten Kreise getragen habe. Auch die Kritik habe sich der Angelegenheit bemächtigt; man habe getabelt, daß meist nur die Badeverwaltungen, nicht das Publikum eingeladen worden sei. Man habe auch einzelne Theile des Programms bemängelt. Die Gestaltung des Bädertages werde von diesem selbst abhängen, heut werde nur der Grundstein zu dem aufzurichtenden Gebäude gelegt werden. Einige Wünsche würden zur Geltung kommen. — Indem Redner zunehmend seine Böllmacht in die Hände der Versammlung zurückgibt, fordert er dieselbe zur Bildung des Bureau auf. In dasselbe werden gewählt: Bürgermeister Dengler als erster und Geh. Sanitätsrat Lange als zweiter Präsident, die Herren Apotheker Winkler und Dr. Adam als Schriftführer. Den Verhandlungen, über welche wir morgen ausführlicher berichten, wohnten auch Medizinalrath Dr. Wolf und Geh. Rath Weidner bei.

[Abreise der Kapelle des Garde-Reiter-Regiments.] Die Kapelle des Sächsischen Garde-Reiter-Regiments hat sich heute nach Liegnitz begeben, um dort das lezte Concert zu veranstalten. In Folge einer an den Dirigenten des Musikkorps, Herrn Dr. Wagner, gestern aus Dresden eingegangenen telegraphischen Depesche muß der Bather sofort zurückkehren, weil er dazu aussersehen ist, bei den Feierlichkeiten in Dresden am 7. und 8. des nächsten Monats die Monstremusik zu leiten und wird Herr Wagner sonach die Musikkorps von 8 Caballerie-Regimenten, 1 Artillerie-Regiment, 2 Jäger-Bataillonen, 1 Schützen-Regiment und einer Pionnier-Brigade, in Summa etwa 300 Musikkern, dirigieren. — Die beiden lezten Concerte der Garde-Reiter am Sonntag im Schiekwärder und gestern bei Liebich waren überfüllt. Auf allgemeines Verlangen trug Herr Wagner gestern noch beim Abschluß des Miserere aus dem Troubadour mit großer Virtuosität auf der Trompete vor und erntete sehr lebhafte Beifall. Von Musikfreunden wurde ihm ein Lorbeerkrantz mit weißer Schleife und entsprechender Widmung verabreicht. — Die Kapelle wird zu Ostern d. J. zu einem neuen Concertzyklus hier eintreffen.

+ [Unglücksfälle.] In die Krankenanstalt des hiesigen Elisabethinen-Klosters wurden im Laufe der letzten Tage vier durch Rüdtbire verwundete Frauenpersonen aus dem Breslauer Kreise zur ärztlichen Versiegelung eingeführt, und zwar die 27 Jahr alte Dienstmagd Hedwig Dietert, welche beim Reinigen des Stalles von dem auf dem dortigen Dominium gehaltenen Eber einen Biß in den linken Unterschenkel erhielt; ferner die 44jährige Biedwärtersfrau Rosina Baier in Goldschmid, die von dem frei auf dem Dominialhofe umherlaufenden Stammochsen, während sie aus der Scheuerstreu holte, verfolgt und auf der rechten Körperseite von den spitzen Hörnern des Thieres derartig verwundet wurde, daß sie eine 12 Centimeter lange Wunde erhielt. Die 29jährige Dienstmagd Rosine Berndt in Stabelwitz wurde von dem großen unangeleiteten Hunde eines dortigen Häusles in die linke Hand gebissen; und die 63 Jahr alte Juliergertsfrau Rosina Wücke in Lauer erlitt beim Streilegen im Pferdestall einen Schlag von dem Hufe eines Pferdes am rechten Oberarmen. Die Verwundungen sämmtlich genannter Verunglücksfälle sind von gefährlicher Beschaffenheit. — Der Müllergeselle Neumann stürzte gestern am Hause der Matthiastraße Nr. 58 derartig zu Boden, daß er eine 5 Centimeter lange bedeutende Kopfwunde an der rechten Schläfeengegend erhielt und in bewußtlosem Zustande nach dem Allerheiligsten-Hospital geschafft werden mußte.

+ [Polizei-incident.] In einem Hotel garni auf der Neustadtstraße wurde gestern einem dort nächtigenden Herrn eine Brieftasche mit 110 Thlr. von seiner Begleiterin gestohlen, welche sich mit ihrem Raube heute frühzeitig schon aus dem Stabe gemacht hatte. Der Umstand, daß die Diebin lärm war, führte seitens der Polizeibehörde zu ihrer baldigen Ermittlung, wobei es gelang, noch den gestohlenen Hundertthalerbaren vorzufinden. Für die fehlenden 10 Thaler hatte sich die Dirne bereits ein Jaquet und ein Paar Wiener Zeugstiefeletten gekauft, welche Gegenstände ebenfalls mit Beischlag belegt wurden. — Bei einer hiesigen Productenhandlerin auf der Neuen Unterkirchstraße erschien gestern Vormittag ein kleines Mädchen, welches im Auftrage der Schwägerin jener Frau kam, die um ein Darlehen von 20 Sgr. erlitten ließ, indem ihr auf dem Wege von Schottwitz nach der Stadt die Radwer zerbrochen sei, und solche repariert werden müsse, wozu dieselbe das gesuchte Geld brauche. Ohne etwas Arges zu ahnen, wurde dem Kind das gewünschte Geld übergeben. Als jedoch am Abend dasselbe Productenhandlerin Mithräumen in die Aussage des Kindes, aus welcher Ursache die Frau die angebliche Schwägerin aufsuchte. Hier nun wurde eine bereits mehrfach bestraft obdachlose Frauensperson angetroffen, die Kenntnis von der Verwandtschaft der beiden Frauen, und diesen Umstand zur Erreichung des Geldbetrages benutzt hatte. — Verhaftet wurde gestern diejenige Frauensperson, welche sich in voriger Woche auf betrügerische Weise in dem Etat eines seidenen Regenschirms und eines wertvollen Jaquett gestellt hatte. Beide Gegenstände waren bereits durch ihren Geliebten zu Gelde gemacht worden. — Bei dem vor 14 Tagen hier verhafteten Kirchenbier Jablonki aus Kosel wurde ein ganz zusammengeknüllter Pfandschein über eine versteckte Uhr vorgefunden, die jedenfalls gestohlen sein mußte. Diese Annahme erwies sich in der That als die richtige, denn nach den aufgestellten Rechenkarten wurde ermittelt, daß Jablonki gleich nach seiner Entlassung aus der Gefangenanstalt in Strehlen sofort in ein dortiges Kaffeehaus gegangen war, wo er in einem unbewachten Augenblide die an der Wand hängende Uhr gestohlen und diese in einem Pfandleihamt für 3% Thlr. verkaft hatte.

+ [Ruchlose Beschädigung und Raub.] In der verfloßenen Nacht sind auf dem geschlossenen Domitianerthor auf der Adalbertstraße von 6 steinernen Grabentümern die gußeisernen Stützen von ruchloser Hand abgebrochen und geraubt worden.

[Leipziger Lärchen und Krautmetzvögel] dürften künftig wohl seltener auf den Tafeln der Feinschmecker erscheinen, denn in der jüngsten Versammlung der deutschen ornithologischen Gesellschaft wurde u. a. beschlossen, mit allen Kräften gegen den Handel mit diesen geflügelten Delikatessen vorzugehen und zu diesem Belehr bei den Regierungen, beziehungsweise Landtagen der einzelnen deutschen Staaten um Erlaß von bezüglichen Verboten einzutreten.

© Hirschberg, 28. Octbr. [Zur Wahl eines katholischen Stadt-Parrars hierelbst.] Zu der durch den Tod des Herr

schaften die meisten Stimmen erhalten haben. Sind aber weniger als drei Kandidaten in Vorschlag gebracht, so kann nur diese die Wahl treffen.

+++ Löwen, 25. Octbr. [Amtseinführung.—Feuer.] Am vergangenen Sonntag, den 20. October fand die Installation des nach hier an Stelle des verstorbenen Herrn Pastor Liebeherr berufenen Pastors Küste aus Oppeln durch den Königlichen Kreis-Superintendenten Herrn Werkenthin aus Michelau statt. Früh 9 Uhr bewegte sich der Festzug in feierlicher Weise bei Posauenhof nach der nahegelegenen Pfarrkirche. Die Stadtbehörden, wie Freunde der Sache von hier und auswärts hatten zahlreich teilgenommen. Die Kirche war festlich geschmückt. Herr Pastor Ahmann von hier hielt die Liturgie ab, wovon Herr Superintendent Werkenhin in ergreifenden und berechten Worten die Installationssrede anschloss. Die Predigt des Herrn Pastor Küste gewann die Herzen seiner neuen Gemeinde. — Am Sonntag gegen Abend brannte in dem unfern, im Kreise Falkenberg belegenen Dorfe Groß-Hilbersdorf eine gefüllte Scheuer nieder. Wie allgemein gesagt, soll vorzüglich Brandstiftung vorliegen. Ein Bettler soll in dem zugehörigen Gehöft um eine Gabe angesprochen haben, und abgewiesen worden sein. Volo darauf ist die Scheuer in Flammen ausgegangen. Nach herbeigeeilte Löschhilfe befrachte zum Glück ungestört den herrschenden Windes das Feuer auf seinen Heerd.

Handel, Finanzen, Industrie u.

4. Breslau, 29. October. [Von der Börse.] Die Börse eröffnete in fester Stimmung, ermatete jedoch im Laufe des Geschäfts-Heils in Folge von Realströmungen, teils weil aus Wien das omtlose Wort Geldknappheit gemeldet wurde. Gels stellte sich recht flüssig.

Credititation 205% — 6, pr. Nov. 206% — 7% bez. u. Gd.; Lombarden 125% — 8% bez., pr. Nov. 126% bez.

Einheimische Banken waren sehr belebt. Breslauer Wechslerbank-Aktionen gewannen abermals 2 pCt.; sie wurden pr. November zu 146 bis 146% — 146 bez. gehandelt. Junge Discontobank-Aktionen waren 1 pCt., Breslauer Mallerbank 1% pCt. höher. Schles. Bankvereins-Anteil in Folge starker Realströmungen etwas niedriger 184—183 bis 183% bez.; pr. Nov. 185% — 184% — 185 bez.

Von Eisenbahnen gewannen Oberschl. Eisenbahn-Aktionen 1% pCt. Sie wurden pr. Novbr. zu 239% — 238—239% in Posten gehandelt. Freiburger blieben 2%, Rechte-Oder-Ufer-Bahn-Aktionen 1 pCt. höher.

Industriepapiere belebt. Oberschl. Eisenbahn-Aktionen stark gesucht 174—73% bez. u. Gd.; Laurahütte 235% bez.; Kramsta 109% bis 8% — 9 bez. u. Gd.

Schluß der Börse fest, aber still.

Breslau, 29. October. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] Roggen (pr. 1000 Kilogr.) matter, pr. October 59% Thlr. bezahlt, October-November 57% — 57% Thlr. bezahlt, November-December 56% Thlr. Br., December-Januar 56% Thlr. bezahlt, April-Mai 56% Thlr. bezahlt u. Br. Weizen (pr. 1000 Kilogr.) pr. October 85 Thlr. Br.

Gerste (pr. 1000 Kilogr.) pr. October 52 Thlr. Gd.

Häfer (pr. 1000 Kilogr.) pr. October 44% Thlr. bezahlt, April-Mai —.

Raps (pr. 1000 Kilogr.) pr. October 104 Thlr. Gd.

Rüböl (pr. 100 Kilogr.) wenig verändert, loco 22% Thlr. Br., pr. October 22% Thlr. Br., October-November 22% Thlr. bezahlt, November-December 22% Thlr. bezahlt und Br., December-Januar 22% Thlr. Br., Januar-Februar 23—22% Thlr. bezahlt, April-Mai 23% Thlr. Gd.

Spiritus*) (pr. 100 Liter à 100%) matter, loco 18% Thlr. bezahlt, 18% Br., 18% Thlr. Gd., pr. October 18% — 18% Thlr. bezahlt und Gd., October-November 18% — 18% Thlr. bezahlt, November-December 18% Thlr. bezahlt, December-Januar —, Januar-Februar 18% Thlr. Gd., April-Mai 18% — 18% Thlr. bezahlt.

Sinkt fest.

Die Börsen-Commission.

Loco 17 Thlr. 3 Sgr. — Pf. bezahlt, 17 Thlr. 5 Sgr. 3 Pf. Br., 16 Thlr. 26 Sgr. 1 Pf. Gd., pr. October 17 Thlr. 7 Sgr. 7 Pf. bis 17 Thlr. — Sgr. 8 Pf. bezahlt u. Gd., October-November 16 Thlr. 17 Sgr. 10 Pf. bis 16 Thlr. 21 Sgr. 6 Pf. bezahlt, November-December 16 Thlr. 17 Sgr. 10 Pf. bezahlt, Januar-Februar 16 Thlr. 20 Sgr. 3 Pf. Gd., April-Mai 16 Thlr. 17 Sgr. 10 Pf. bis 16 Thlr. 26 Sgr. 1 Pf. bezahlt, alles pr. 100 Quart bei 80% Tralles.

Bon anderer Seite geht uns folgender Bericht zu:

Breslau, 29. Octbr. [Effectivgeschäft.] (Per 100 Kilogramm netto.) Weizen sehr fest, weißer 7% — 8% — 9% Thlr., gelber 7% — 8% — 8% Thlr. — Roggen unverändert, schlesischer 5% — 6% — 6% Thlr. — Gerste unverändert, schlesische 4% — 4% — 5% Thlr. — Häfer fester, schlesischer 4% — 4% — 5% Thlr. — Eßb. ohne Geschäft, Kocherbsen 5% bis 5% Thlr., Futtererbse 4% — 4% Thlr. — Widen nominell, schlesische 4% — 4% Thlr. — Bohnen wenig beachtet, schlesische 6% — 6% Thlr., galizische 6% — 6% Thlr. — Lupinen gelbe sehr geücht, gelbe 2% — 3% — 3% Thlr., blaue 2% — 2% bis 3% Thlr. — Mais stark angeboten, 5% — 6% — 6% Thlr. — Delsaaten mait, Winterkaps 9—10 bis 10% Thlr., Winterähren 9—9% — 9% Thlr., Sommerähren 8% — 9 bis 9% Thlr., Döter 7% — 8% bis 9 Thlr. — Schlagslein fest, 8—9 bis 9% Thlr. — Hanfseamen nominell, 6% — 6% Thlr.

(Per 50 Kilogramm.) Rapsblüten, ungarische angeboten, schlesische 2% bis 2% Thlr., ungarische 2% — 2% Thlr. — Kleesaat unverändert, weiße 16—18 bis 20—22 Thlr., rot 14—16—16% Thlr. — Thymothee 7—8—8% Thlr. — Leintuchen 3 bis 3% Thlr.

Weizen befiehlt heute seine Haltung. Roggen ist in seiner schweren Ware leicht verläßlich, während Mittelwaren schwerer zu placiren sind. Delsaaten unverändert matt.

[Die Deutsche Hypothekenbank in Meiningen] emittirt eine neue Serie 5rocentiger Pfandbriefe im Betrage von zwei Millionen Thalern und eröffnet die Subscription auf dieselben am 4. und 5. November zum Course von Pari. Bezüglich der Subscriptions-Bedingungen und Stellen verweisen wir auf die bei der Veröffentlichung im Inseratenheile.

[Schlesische Kohlenwerks-Aktion-Gesellschaft.] Diese Gesellschaft ist am 24. October d. J. in das Gesellschaftsregister des Kreisgerichtes Waldenburg eingetragen worden. Sitz der Gesellschaft ist Göttelsberg, Kreis Waldenburg. Das Gundkapital beträgt 3 Mill. Thaler in 30,000 Actionen zu je 100 Thlr., welches bis auf 6 Mill. erhöht werden kann. Vorstand der Gesellschaft ist Herr Josef Berndt in Altwafer. Zur Mitunterzeichnung berechtigte Mitglieder des Verwaltungsrathes sind die Herren: Dr. Cajetan v. Mayr (Wien), Dr. Mitscha (Wien), Director Schuchardt (Wien), kais. Rath von Schimke (Wien), v. Zahony (Wien), Justizrat Friedensburg (Breslau), Dr. G. Groh (Wien).

Berlin, 28. October. [Deutsche Eisenbahnbau-Gesellschaft.] Gestern fand eine Sitzung des Aussichtsrates der Gesellschaft statt, in der über die in Vorbereitung begriffenen Unternehmungen Bericht erstattet und beschlossen wurde, noch in diesem Jahre eine Generalversammlung der Aktionäre einzuberufen, die über die Ausführung derselben, welche nach allen Richtungen hin gesichert erscheint, Beschluss zu fassen. Wir behalten uns über diese Unternehmungen die Mitteilung weiterer Details vor.

Berlin, 28. October. [Zur Mallerfrage.] Die hiesige Volkswirtschaftliche Gesellschaft hat sich in ihrer Sitzung am vorigen Sonnabend mit der Mallerfrage beschäftigt. Der Referent, Herr Dr. Alex. Meyer erklärte sich gleich Eingang für Aufhebung des Instituts der vereideten Maller, welches, wie er im weiteren Verlauf seines Referats nachzuweisen versuchte, historisch und faktisch unhaltbar sei. Historisch unhaltbar, weil der Eid der Maller aus einer Zeit datirt, wo man die auf Gelderwerb Angewiesenen zu einem genus sordidum villegae reckte und den Eid für die Stellung der Maller, die sich aus jenem genus so. didum recrutierte, eben deshalb für unentbehrlich erachtete. Sachlich unhaltbar sei das Institut, weil dasselbe zwei unvereinbare Eigenschaften zur Voraussetzung habe, nämlich Sachverständnis und Uninteressiertheit. Als 1866 der Handelsminister bei den Handelskammern ein Gutachten über das Mallerwesen ertrahire, stimmen dieselben deshalb auch mit Ausnahme von Berlin und Frankfurt für Aufhebung sans phrase. Die beiden leitenden Börsenplätze verschlossen sich aber doch nicht ganz der Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes, indem sie ihr Votum für eine Reform des Maller-Instituts abgaben. Den vielen Pflichten der vereidigten Maller, meint der Redner, stände nur das Recht der Courtsnotirung gegenüber, diese sei nach Aufhebung des Instituts von dem Börsenvorstande unter Zugabe geeigneter unvereidigter Vertretenspersonen zu bewirken. Im Uebigen habe der Staat bei einer ganzen Reihe von Papieren, welche gegenwärtig ähnlich notirt werden, kein Interesse, den Courts offiziell feststellen zu lassen. Die Debatten, welche sich an den Vortrag des Herrn Referenten anschlossen — anwesende vereidigte Maller beteiligten sich an denselben — waren nur kurz und wenig tief

eingeht. Eine Resolution werde nicht gefaßt, doch erlaubte die zum Ausdruck gekommene allgemeine Stimmung den Schluß, daß man einmuthig die Vereidigung der Maller auf die dafür gegenwärtig geltenden Bestimmungen als unvereinbar mit der öffentlichen Moral erachtete.

[Deutscher Landwirtschafts-Rath.] Berlin, 28. October. Für die im künftigen Januar beabsichtigte Versammlung des deutschen Landwirtschaftsrathes werden zunächst Gegenstände, welche in der ersten Versammlung zurückgestellt wurden, auf die Tagesordnung gebracht werden. Dazu gehören „die deutschen Handelsverträge, insoweit sie das Interesse der Landwirtschaft, resp. der landwirtschaftlichen Gewerbe berühren“ und die Frage „Raum- oder Fabrikat-Spiritussteuer?“ — Demnächst sind für die Berathungen in Aussicht genommen: Tabaksteuer; Importverbot französischer Nebenzüchte wegen Einschleppungsgefahr von Wurzelbeschädigungen durch Phyloxera vastatrix; Lungenerneuerung — Gesetzgebung; Einführung von Schlachthäusern an der russisch-österreichischen Grenze zur Verminderung der Kinderpest-Einschleppung. — Endlich sind in Anregung gebracht: Rohstoff- und betreffende Gesetzgebung; landwirtschaftliche Statistik; die sociale Frage; speziell: ob von der Gesetzgebung in der Arbeitsfrage etwas, eben was geschehen soll. — Die Geschäfte des General-Sekretariats sind vorbehaltlich der statutenmäßigen Genehmigung Seitens des Plenums, dem Herrn Krocker hierbei bereits übertragen, resp. von ihm übernommen und befindet sich das Bureau des deutschen Landwirtschaftsrathes seitdem Endeplatz 4a hier selbst.

[Auf der Wiener Weltausstellung] wird auch die Reichs-Postverwaltung als Aussteller vertreten sein. Es werden nämlich hier in einer 12 kleine Postwagen, die genau die verschiedenen bei der Post (auf Landwegen) gebräuchlichen Wagen nachbilden, angefertigt. Die Wagen repräsentieren wahre Schmuckstücke von Miniatur-Arbeiten und werden nur in Schuhgröße der gewöhnlichen Wagen hergestellt.

[Steinkohlen-Formation.] Die für das Jahr 1873 in Aussicht genommenen, die Ermittelung des Vorkommens der Steinkohlen-Formation bezeichneten Bohrarbeiten werden sich auf weitere Fortsetzung der unternommenen Tiefbohrungen bei Magdeburg, Dobrilugk, Stade, Lübeck (an der unteren Elbe) und Bischofswerder (Provinz Preußen) erstrecken.

Wien, 28. October. [Schlachtwiehmarkt.] Der heutige Zutrieb vollkommen aus, den ansehnlichen Wochenbedarf zu decken, da in Folge der Grenzsperrre bei Novojelica viele inländische Mastungen frühzeitig geräumt wurden, so daß die Zufuhren von jenseits der Leitha beinahe doppelt so stark als gewöhnlich waren.

Doch viel Parteien zu früh der Wohlthat einer rationellen Mastung entzogen wurden, beweist am besten der maschnechte Zutrieb magerer Ochsen, wenige 75 Prozent des Gesamttautriebes bildeten.

Der Verkehr gestaltete sich ungeachtet der bedeutenden Zufuhr ziemlich lebhaft und wurde für gute Qualitäten die leichtnotirten hohen Preise bewilligt, man notirte Mästoden von fl. 35 bis fl. 37.25, Weide-Ochsen von fl. 31.50 bis fl. 34, eine Partie fl. 35.75, serbische fl. 27.30 und Büffelköpfen von fl. 28 bis fl. 28.50.

Der Zutrieb betrug 2986 Ochsen, darunter 1678 von Ungarn, 1008 von Galizien, 140 von der Batauvina, 871 von Serbien und der Rest ist von der Umgebung.

Generalversammlungen.

[Pirnaer Bank.] Außerordentliche General-Versammlung am 14. November c. zu Pirna.

[Sächsische Hypotheken-Versicherungs-Gesellschaft.] Außerordentliche General-Versammlung am 15. November c. zu Dresden.

[Hänichener Steinkohlen-Bauverein.] Ordentliche General-Versammlung am 23. November c. zu Dresden.

[Constantia, Niederschlesisch-Märkische Braunkohlenbergbau-Commandit-Gesellschaft auf Actionen E. Nebe & Comp. zu Berlin.] Außerordentliche General-Versammlung am 6. November c. zu Berlin.

[Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Mecklenburg und Westpreußen.] Ordentliche General-Versammlung am 15. November c. zu Düsseldorf.

[Actien-Gesellschaft für Buchdruckerei und Verlag.] Außerordentliche General-Versammlung am 16. November zu Köln. Tagesordnung: Beschlusssatzung über Änderung der Statuten.

Einzahlungen.

[Graz-Kösler Eisenbahn- und Bergbau-Gesellschaft.] Die zweite Einzahlung von 20 pCt. auf die Actionen II. Emission ist mit 40 fl. ö. B. zuzüglich 5 pCt. Binsen ab 1. Juli c. bis 30. Novbr. c. an die Centralstasse der Gesellschaft in Wien zu leisten.

[Sächsische Bankverein.] Eine weitere Einzahlung von 30 pCt. ist mit 30 Thlr. pro Aktie bis 9. November c. zu leisten.

[Preußischer Braunkohlen-Aktion-Gesellschaft zu Meuselwitz.] Die dritte Einzahlung von 25 Thlr. auf die Actionen Lit. B. ist abzüglich 17 Sgr. 6 Pf. Binsen der beiden ersten Einzahlungen vom 1. Juli bis 1. October c. mit 24 Thlr. 12 Sgr. 6 Pf. bis 8. November c. an den Rechnungsstellen zu leisten.

[Actien-Gesellschaft für Rübenzucker-Industrie in Schweden.] Die letzten 20 pCt. des Actien-Kapitals sind am 1. December c. bei Eberhard Mencke in Braunschweig zu leisten.

Auszahlungen.

[Telez - Drel - Eisenbahn.] Die am 1. November c. fälligen Coupons der Obligationen, sowie die zu diesem Termin ausgelösten Stücke werden von da in Berlin bei F. W. Krause u. Co. eingelöst.

[Kursk-Charkow-Eisenbahn.] Die am 1. November c. fälligen Coupons der Obligationen und die pr. diesen Termin gezogenen Obligationen werden von da in Berlin bei der Berliner Handelsgesellschaft und F. W. Krause u. Co. eingelöst.

[Eisenhüttenwerk Thale Actien-Gesellschaft.] Die Dividende für die Geschäftssperiode vom 24. Februar bis 31. Juli c. gelangt von jetzt ab mit 20 Thaler pro Aktie in Berlin bei der Centralbank für Industrie und Handel zur Auszahlung.

Eisenbahnen und Telegraphen.

[Berlin-Dresdener Eisenbahn-Gesellschaft.] In Folge Überzeichnung des Action-Capitals tritt eine Reduction aller Bezeichnungen über 3000 Thlr. auf 50 pCt. ein. Bezeichnungen bis einschließlich 3000 Thlr. werden voll berücksichtigt. (S. Ins.)

[Warschau-Wien.] Die Warschau-Wiener Eisenbahn-Gesellschaft hat sich erobert, eine Zweigbahn von Lowicz bis Błock zu erbauen und hat die Vorarbeiten dazu bereits durch den Ingenieur Lasicki ausführen lassen. Von ihm festgestellte Bahnlinie führt über Gombice und Laniki und hat eine Länge von 47 Werst (6½ Meilen). Die Baulosten pr. Werst sind auf 15.000 St. berechnet; der Bau soll sofort nach Ertheilung der Concession in Angriff genommen werden. Die Rentabilität der Bahn ist schon durch Lieferung der Steinkohlen für die zahlreich im Gouvernement Błock befindlichen Zuckersiedereien gesichert. (Ost.-Btg.)

Miscellen.

[Ein früher Reformer.] Auf einem zu Starcross in Devonshire abgehaltenen Kirchenmissionsmeeting wagte Capitan Peacock, der mehrere Male die Welt umsegelt hat, zu behaupten, daß viele Missionäre einen verdächtlichen Einfluß auf die Heiden ausüben und daß die Bibel an manchen Stellen abgedämpft werden müßte, ehe sie gewissen Wilden, die er kennt, in die Hände gegeben werden könnten. „Ball Mall“ wundert sich, daß der frühe Capitan mit dem Leben davon getommen ist und ist überzeugt, daß es in England viele vom „Missioniergeiste“ besetzte Damen gebe, die ihn lebendig in einem Theekessel gekocht haben würden, hätte er es gewagt, in dieser Weise zu ihnen zu ziehen.

[Eine komische Zwischenachts-Scene] erregte unlängst während einer Vorstellung im Preßburger Theater die Heiterkeit der zunächst Stehenden im hohen Grade. Ein ehrenhafter Ungar zog nämlich während des Zwischenachts eine ziemlich dicke dicke Weinflasche aus der weiten Tasche seines Atlasses, um nachdem er selbst einige herbstliche Blüge getrunken und sich erquict hatte, dort er in nationaler Guttmüthigkeit auch den Nebenstehenden rechts und links seine Flasche zur Herzstärkung an. Als sich hierüber einige moquante Stimmen vernehmen ließen, geriet der Wadere in große Aufregung und ließ sich also vernehmen: „Hät, wenn Frauenzimmer in Logen effens Gefrorres und trintens Limonade, warum soll ich nicht Wain trinthen, jeder nach seinem Geschmac.“

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau)

Berlin, 29. October. Das Herrenhaus setzte die Berathung der Kreisordnung fort und nahm die §§ 53 bis 82 nach den Anträgen

der Commission an, obschon der Minister des Innern und der Handelsminister sich wiederholt gegen dieselben erklärt. Die Baumfarb'schen der Fassung des Abgeordnetenhaus entsprechen Amendeamente wurden mit demselben Stimmenverhältnis wie gestern abgelehnt.

Berlin, 29. October. Die „Spener'sche Zeitung“ erfährt: Die Belgische Regierung habe anlässlich der bedauerlichen Vorgänge in Lüttich in völlig spontaner Weise Veranlassung genommen, sowohl in Brüssel, als auch

Institut für hilfsbedürftige Handlungsdienner.

(Gegründet 1774.)

Mittwoch, den 30. October a. c., Abends 8 Uhr,
im Hörsaal des Instituts-Gebäudes, Schuhbrücke Nr. 50:

Vortrag des Herrn Dr. Eitner.

„Unsere Muttersprache.“

Die Vorsteher.

[6095]

Aus Elsaß-Lothringen

resp. aus dortigen Kaiserlichen Depots habe ich

10,000 Stück wollene Decken und Woilachs

acquirirt, und verkaufe dieselben, um die schleunigste Räumung zu ermöglichen, zu überraschend billigen Preisen.

Dieselben sind theils weiß, theils couleurt, in verschiedenen Größen und von guter Beschaffenheit.

Hospital-, Strafanstalts- und Guts-Verwaltungen, Fuhrwerksbesitzer und Händler werden hierauf besonders aufmerksam gemacht.

[5991]

Breslauer Handlungsdienner-Institut.

Mittwoch den 30. October a. c., Abends 8 Uhr, im Café restaurant:

Debatten-Abend.

Besprechung der von der hiesigen Handelskammer und dem kaufmännischen Vereine gesuchten Beschlüsse, betreffend die Schließung der Detail-Geschäfte an Sonntags-Nachmittagen u. c. Mittheilungen. Fragestunden. [5986]

Nichtmitgliedern ist der Zutritt gestattet.

Der Vorstand.

Alte Brumme!

Jeden Mittwoch 8 Uhr, Spielabend im Café National. Der Vorstand.

Oldenburger Versicherungs-Gesellschaft.

Wir beehren uns hierdurch zur öffentlichen Kenntnis zu bringen, daß

Herr Julius Thiel in Breslau

die Verwaltung unserer Sub-Direction und General-Agentur niedergelegt hat und daß wir an dessen Stelle den

Herrn Quintin Tauchert in Breslau, Orlauerstraße Nr. 60, zu unserem Sub-Director und General-Agenten für die Provinz Schlesien ernannt haben.

Oldenburg, den 25. October 1872.

Oldenburger Versicherungs-Gesellschaft.

Für die Direction

Der General-Bevollmächtigte,

W. Fortmann.

dessen Stellvertreter

H. T. Vectors.

In Anschluß an vorstehende Kundgebung empfehle ich mich zu Abschließen von Feuer- und Glasversicherungen unter Sicherung billiger Prämien. [6001]

Breslau, den 26. October 1872.

Quintin Tauchert,
Orlauerstraße Nr. 60.

Siegena.

Dem bescheidenen Anfrager in Nr. 502 ist es nicht zu verdenken, daß seine Anfrage mit den Worten beginnt: Wenn es wahr ist u. s. w. Denn es ist allerdings nur höchst selten und nur bei Bergwerken vorgekommen, daß in einem einzigen Jahre der ganze Actien-Betrag als Dividende vertheilt worden ist.

Die eigentümlichen Verhältnisse der Siegena aber lassen in zwei Jahren dies mit Sicherheit erwarten, und wird dies von jedem Sachverständigen bestätigt werden.

Es gehört nämlich die Hälfte der Grubenfelder der Gesellschaft **Sicilia**, die andere Hälfte der Gesellschaft **Siegena**. Die der Sicilia gehörige Hälfte der Gruben ist seit Jahren eröffnet und ergiebt einen Reinertrag von ca. 1,000,000 Thlr. pro Jahr. Die der Siegena gehörige Hälfte wird erst in zwei Jahren in vollem Betriebe sein und selbstverständlich denselben Gewinn jährlich ergeben, wie die Sicilia, nämlich 1,000,000 Thlr.

Bis dahin werden sich die Actionäre mit den bisherigen Erträgnissen begnügen müssen, die nur eine Dividende von 12 pCt. ergeben.

Im Verlage der Plaib'schen Buchhandlung (Henri Sauvage) in Berlin erschien soeben und ist in Priebe's Buchhandlung in Breslau zu haben:

Cours-Erklärungen

fämtlicher

Staats- und Eisenbahn-, Bank- und Industrie-Papiere

vom Banquier Dresler.

Vierte, vollständig, umgearb. und vermehrte Auflage. 20 Sgr. Die politischen Ereignisse der letzten Jahre haben gezeigt, wie durchaus nothwendig für das bestehende Publikum ein solch uninteressanter und unparteiischer Rathgeber für dasselbe. Ueberreiche Verläufe und Einkäufe werden durch Kenntnisnahme dieser gediegenen Arbeit eines intelligenten Fachmannes fast zur Unmöglichkeit.

P. P.

Einem geehrten geschäftstreibenden Publikum erlaube ich mir ergebenst anzugeben, daß ich am Tage der Eröffnung der Mährisch-Schlesischen Central-Bahn hierorts ein

Speditions-, Commissions- u. Zucco-Geschäft

erichtet habe, welches ich einer gütigen Beachtung hiermit bestens empfehle.

Jägerndorf, im October 1872.

[6113]

R. Groeger.

Schon am 6. und 7. November finden die Gewinnziehungen 1. Klasse der von kais. und königl. Regierung genehmigten und in der ganzen 1. Monarchie erlaubten Frankfurter Lotterie statt.

Es ist dies die letzte Frankfurter Stadtlotterie,

und daher hiermit zum letzten Male Gelegenheit geboten,

das große Loos von ev. 200,000 Gulden.

sowie weitere Gewinne von fl. 50,000, 25,000, 2mal 20,000, 2mal 15,000, 2mal 12,000, 2mal 10,000 u. c. erlangen zu können.

Ein ganzes Originalloos 1. Klasse kostet plannmäßig: Thlr. 3. 13, ein Halbes Thlr. 1. 22, ein Bierl nur 26 Sgr. Die unterzeichneten, amtlich bestellten Haupt-Collecteurs werden geneigte Austräge gegen Nachnahme oder Einsendung des Betrags plärrlich ausführen, und beliebe man daher solche nur direct an eine der unterzeichneten Firmen baldigst gelangen zu lassen.

Rudolph Strauss, Hauptcollecteur. Moritz Levy, Hauptcollecteur.

in Frankfurt am Main.

Korte & Co., Leppich-Gabrik in Hersford,

in Breslau, Ring Nr. 45 (Naschmarktseite), erste Etage, [6078]

empfehlen ihr reich assortiertes Lager in Leppichen und Leppichzeugen, Läufer, Reise- und

Ließdecken, wollene Schlaf- u. Pferdedecken zu billigen, aber festen Preisen.

4308

Aus Elsaß-Lothringen

resp. aus dortigen Kaiserlichen Depots habe ich

10,000 Stück wollene Decken und Woilachs

acquirirt, und verkaufe dieselben, um die schleunigste Räumung zu ermöglichen, zu überraschend billigen Preisen.

Dieselben sind theils weiß, theils couleurt, in verschiedenen Größen und von guter Beschaffenheit.

Hospital-, Strafanstalts- und Guts-Verwaltungen, Fuhrwerksbesitzer und Händler werden hierauf besonders aufmerksam gemacht.

[5991]

Mattes Cohn, 23. Goldene Radegasse 23.

P. S. Proben werden nicht versandt.

Ein Journal

ausschließlich für Kinder-Garderobe.

Durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten zu beziehen:

Bazar

für die Kinder-Garderobe.

Monatlich 2 Nummern.

Preis pr. Quartal 15 Sgr.

Diese neue Zeitschrift bringt sauber colorierte Modelupfer (Knaben und Mädchen), außerordentlich übersichtliche Schnittmuster, nach denen jede Dame selbst zuschniden kann, und leichte Handarbeiten mit Abbildungen für kleine Mädchen, ferner enthält dieselbe Aussage über Kindererziehung, Kinderpflege u. c., und die allmonatliche Gratiszusage.

Der Kindergarten,
Blätter für die Jugend, enthaltend: Geschichten, wie sie die Mutter den Kindern gern erzählt oder vorliest." Probenummern sind in allen Buchhandlungen zu haben. [5151]

Verlag von Siegfried Cronbach, Berlin.

Ein wohlhabend. Mann,

Particulier, in den dreißiger Jahren, sucht auf diesem Wege eine Lebensgefährtin. Junge Damen oder Witwen mit Vermögen, welche wünschen, einem soliden Manne die Hand zu reichen, werden erfuht, ihre werthe Adresse mit Photographie unter Angabe der näheren Verhältnisse unter Chiffre K. M. 837 in der Annonen-Expedition von Hasenfenn & Bogler in Breslau niederzulegen. Discretion auf Ehrenwort. [6103]

Discretion Ehrensache. [6106]

In diesem Jahrgang sind bereits erschienen:

Heft 145. Prof. J. Bona Meyer (Bonn): Arthur Schopenhauer. Einzelpreis 8 Sgr.; 146. Prof. Förster (Berlin): Johann Kepler. 6 Sgr.; 147 u. 148. Prof. Bernhard Stark (Heidelberg): Aus dem Reichs des Xanthus und Kroesus. Eine Reisestudie. 18 Sgr.; 149. Prof. Dr. A. Fid (Würzburg): Der Kreislauf des Blutes. 7½ Sgr.; 150. Dr. Ed. Doepler (Brandenburg a. H.): Die Drakel. 6 Sgr.; 151. Prof. C. Hammelberg (Berlin): Ueber die Meteoriten und ihre Beziehung zur Erde. 6 Sgr.; 152. Prof. Ed. Osenbrüggen (Bürg): Die Ehre im Spiegel der Reichsleinodien. 7½ Sgr.; 153. K. v. Seebach (Göttingen): Ueber die Wellen des Meeres und ihre geologische Bedeutung. 6 Sgr.; 154. Dr. A. Windler (Leipzig): Die deutschen Reichsleinodien. 7½ Sgr.; 155. Geh. Med.-Rath Flemming (Schwerin): Ueber Geistesstörungen und Geisteskrankheiten. 6 Sgr.; 156. Max Wirth (Bern): Die sociale Frage. 8 Sgr.; 157. Prof. Buchenau (Bremen): Petroleum. 7½ Sgr.; 158 u. 159. Dr. Carl Abel (Berlin): Ueber den Begriff der Liebe in einem alten und neuen Sprachen. 12 Sgr.; 160. Prof. G. Weger (Nürnberg): Der Graphit und seine wichtigsten Anwendungen. 6 Sgr.; 161. L. Bamberger (Mainz): Zur deutschen Münze. 6 Sgr.; 162. Dr. A. Masing (Dorpat): Die tragische Schuld. 6 Sgr.; 163. Prof. Dr. Münter (Greifswald): Ueber Corallenthiere. Mit einer Tafel. Lith. 10 Sgr.

Serie I., II., III., IV., V., VI., (Jahrgang 1866—1871), der Sammlung geweihter wissenschaftlicher Vorträge, Heft 1—144 umfassend, sind, verlost, zum Subscriptionspreis à 4 Thlr. gebunden in Halbfanzband à 4 Thlr. 20 Sgr., durch jede Buchhandlung zu beziehen

Deutsche Zeit- und Streit-Fragen, Flugschriften zur Kenntnis der Gegenwart.

Herausgegeben von

Fr. v. Holtzendorff und W. Ocnken.

Jahrg. I. 1872. Heft 1—16 umfassend.

Im Abonnement jedes Heft nur 7½ Sgr.

In diesem Jahrgang sind bereits erschienen:

Heft 1. Dr. Heinrich Lang (Zürich): Das Leben Jesu und die Kirche der Kunst. Einzelpreis 10 Sgr.; 2. Prof. Dr. Moscher (Leipzig): Die Währungsfrage der deutschen Münzreform. 10 Sgr.; 3. u. 4. F. Petrot (Rostod): Deutsche Eisenbahnpolitik. 18 Sgr.; 5. Ritter von Schulz (Prag): Das neue Orden und Congregationswesen der katholischen Kirche. 10 Sgr.; 6. Prof. Dr. F. W. Stöhl (Gießen): Die Arbeiterfrage sonst und jetzt. 10 Sgr.; 7. u. 8. Bluntschli, J. G. Rom und die Deutschen (i. Römische Weltbewirtschaft und deutsche Freiheit. II. Der Jesuitenorden und das deutsche Reich). 18 Sgr.; 9. Baumgarten (Rostod): Der Protestantismus als politisches Prinzip im deutschen Reich. 10 Sgr.; 10. W. Möhl (Basel): Der Roman des XIX. Jahrhunderts. 10 Sgr.; 11. H. Beta (Berlin): Die Geheimmittel und Unsitthicks-Industrie in der Tagespresse. 10 Sgr.; 12. Bacharia (Göttingen): Das Schöfengesetz. 12 Sgr.; 13. Prof. Dr. Böck (Gießen): Das Grundüber in der modernen Jugendbildung. 12 Sgr. [6091]

Anerkennung über Erleichterung der Brustleiden.

An den Königl. Hoflieferanten Herrn Johann Hoff in Berlin. Neustettin, 20. April 1872. Nichts erleichtert mir mein seit sechs Jahren vorhandenes Brustleiden so sehr, wie Ihr herrliches Malzgekret-Gesundheitsbier; besonders warm genossen thut es mir ungemein wohl. Verkaufsstellen in Breslau bei S. G. Schwartz, Orlauerstr. Nr. 21, E. Gross, am Neumarkt Nr. 42, und Erlich & Carl Schneider, Schweidnitzerstr. 15.

Für Haut- und Geschlechtskrank.

Heft: Ring Nr. 16 oder Junkerstraße Nr. 36. Sprechstunden: Vorm. 11—Nachm. 3—4 Uhr. [4847]

Dr. Deutsch.

Local-Veränderung.

Mein seit 13 Jahren Kupferschmiedestraße Nr. 37 bestehendes Magazin befindet sich jetzt schrägläufig, [5651]

24, Kupferschmiedestraße 24.

Parterre und erste Etage in großen und hellen und eigens dazu hergerichteten Sälen

Siegfried Brieger,

jetzt 24, Kupferschmiedestraße 24.

Lahmheiten

der Pferde und anderer Haustiere heißt rasch mein weltberühmtes

Restitutions-Fluid.

Zu haben nur b. m. selbst od. C. I. Schwerdtfeger, Berlin, Leipzigerstraße 35. [1393]

Hoflieferant, Berlin, Leipzigerstraße 35.

Preis: 1/4 Kiste (12 Flaschen) 6 Thlr., 1/2 Kiste (6 Flaschen) 3 Thlr.

Thierarzt, Erfinder und Gründer d. Fluid.

Carl Simon, Heilmethode. Lissa, Reg.-Bot. Posse.

</

Bekanntmachung.
In unser Gesellschafts-Register ist Nr. 964 die von [830]
a. dem Kaufmann Anton Loska,
b. dem Kaufmann Gustav Hosenwinkel,
Beide zu Breslau,
am 1. October 1872 hier unter der Firma Anton Loska & Co.
errichtete offene Handelsgesellschaft heut eingetragen worden.
Breslau, den 26. October 1872.
Königl. Stadt-Gericht. I. Abth.

[834] **Bekanntmachung.**
In unser Gesellschafts-Register ist heute bei Nr. 879 die durch den Austritt des Commerzienrat Gierth aus der offenen Handelsgesellschaft Gierth & Franke hier selbst erfolgte Auflösung dieser Gesellschaft und in unser Firmen-Register Nr. 3202 der Übergang der Firma Gierth & Franke hier auf den Kaufmann Carl Julius Franke hier eingetragen worden.
Breslau, den 26. October 1872.
Königl. Stadt-Gericht. I. Abtheilung.

Bekanntmachung.
In unser Firmen-Register ist Nr. 3201 die Firma Heinrich Schwarzer hier und als deren Inhaber der Kaufmann Heinrich Schwarzer hier heut eingetragen worden. [831]
Breslau, den 26. October 1872.
Königl. Stadt-Gericht. I. Abth.

Bekanntmachung.
In unser Firmen-Register ist Nr. 3200 die Firma E. Bandmann hier und als deren Inhaberin die verehelichte Kaufmann Bandmann Anna, geborene Schatzki, hier heut eingetragen worden. [829]
Breslau, den 26. October 1872.
Königl. Stadt-Gericht. I. Abtheil.

Bekanntmachung.
In unser Gesellschafts-Register ist bei Nr. 42, die Handelsgesellschaft Meyer & Berliner betreffend, folgender Vermerk:
Es ist eine Zweigniederlassung im Hamburg errichtet worden"
heut eingetragen worden. [832]
Breslau, den 26. October 1872.
Königl. Stadt-Gericht. I. Abtheilung.

Bekanntmachung.
In unser Procurer-Register Nr. 704 ist der Gustav Schnell hier als Procurist der hier bestehenden, in unserem Gesellschafts-Register Nr. 965 hier eingetragenen Handels-Gesellschaft C. A. Gildebrandt heut eingetragen worden.
Breslau, den 26. October 1872.
Königl. Stadt-Gericht. I. Abth.

Bekanntmachung.
In unser Firmenregister ist heut unter Nr. 153 die Firma: A. Schoeler zu Mittelwalde als Zweigniederlassung und als deren Inhaber der Kaufmann Albrecht Theodor Paul Schoeler zu Reichenbach i. Schl. eingetragen worden. [1953]
Habschwerdt, den 24. October 1872.
Königliches Kreis-Gericht. I. Abtheil.

Bekanntmachung.
Über den Nachlass des am 22. Februar 1872 zu Nechau verstorbenen Ritterguts-pächter Leopold Wilhelm Gottlob Werner ist das erbschaftliche Liquidationsverfahren eröffnet worden. Es werden daher die sämtlichen Erbschaftsgläubiger und Legatate aufgefordert, ihre Ansprüche an den Nachlass, dieselben mögen bereits rechtsfähig sein oder nicht, bis zum

30. Januar 1873
bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden. Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat zugleich eine Abchristi derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Die Erbschaftsgläubiger und Legatate, welche ihre Forderungen nicht innerhalb der bestimmten Frist anmelden, werden mit ihren Anträgen an den Nachlass dergestalt ausgeschlossen werden, daß sie sich wegen ihrer Befriedigung nur an dasjenige halten können, was nach vollständiger Befriedigung aller rechtzeitig angemeldeten Forderungen von der Nachlassmasse, mit Auschluß aller seit dem Ableben des Erblassers gezogenen Nutzungen übrig bleibt.

Die Abfassung des Präclusionserkenntnisses findet nach Verhandlung der Sache in der auf den 10. Februar 1873, Vormittags

10½ Uhr,
in unserem Audienz-Zimmer Nr. 1 anberaumten öffentlichen Sitzung statt. [1952]

Guhrau, den 17. October 1872.
Königl. Kreis-Gericht. I. Abth.

Proclama.
In dem Concuse über das Vermögen des Kaufmann Paul Lange zu Groß-Strehly ist der Beigediente Weiß zu Groß-Strehly zum definitiven Verwalter der Masse bestellt worden. [1951]
Groß-Strehly, den 20. October 1872.
Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Bekanntmachung.
Die Lieferung von 1350 Centnern Heu für das hiesige Magazin soll öffentlich ver-
dungen werden.

Voriorste, versiegelter Löffert mit der Auf-
schrift „Submission auf Heu-Lieferung“ wer-
den bis Donnerstag, den 7. November e.,
Vormittags 10 Uhr von uns entgegenge-
nommen, wo zu deren Eröffnung und Bebuß
event. weiterer persönlicher Verhandlung in
unserem Geschäftsläger-Termin anberaumt ist.
Die Lieferungsbedingungen können während
der Geschäftsstunden täglich bei uns eingeziehen werden.

Königl. Depot-Magazin-Verwaltung.
Neustadt D.S., den 24. October 1872.

Seidenkaninchen, weiß, [6085]
gesucht im zoologischen Garten.

Seidenkaninchen, weiß, [6085]<br

Emission von Antheilscheinen zur **Berliner** **Handels-Gesellschaft.**

Auf Grund der Zusätze vom 8.9. Mai 1857, 27.28. April 1859 und 4. Juni 1869 zu den §§ 14 und 15 unseres Statuts und auf Beschluss der Generalversammlung unserer Gesellschaft vom 14. October cr. werden wir gegenwärtig

**die Emissirung weiterer Antheilscheine
der**

Berliner Handels-Gesellschaft

bewirken, wonach

das Nominal-Capital der Gesellschaft

Thaler 15,000,000

betrugen wird.

Dem Verhältniss der Ergänzung entsprechend ist unseren stillen Theilnehmern bei dieser Emission

**auf je ein Stück der gegenwärtig coursirenden
Antheil-Scheine ein neuer Antheil-Schein al pari**

zur Verfügung zu stellen, und wir fordern dieselben hiermit auf, von ihrem Rechte Gebrauch zu machen und die neuen Antheilscheine, unter den nachfolgenden Bestimmungen zu erheben.

1. Die Anmeldung des Bezugs-Rechtes hat an unserer Coupons-Kasse, Französische Strasse No. 42,

in der Zeit vom 22. bis 30. November cr. spätestens

in den Vormittags-Stunden von 9 bis 12 Uhr

zu erfolgen und zwar unter Einreichung der coursirenden Antheilscheine, welche nach geschehener Abstempelung bald-thunlichst zurückgeliefert werden sollen. Die einzureichenden Antheilscheine sind mit, nach der Nummernfolge gefertigten Doppel-Verzeichnissen zu versehen, zu denen Formulare an unserer Coupons-Kasse ausgehändigt werden.

2. Bei der Anmeldung sind **40 pCt. des Nominalbetrages** gleich Thlr. **80** pro Antheilschein, abzüglich der Zinsen **bis ult. December cr. á 5 pCt. = Thlr. — 10 Sgr.** mit Netto Thlr. **79. 20 Sgr.** gegen Aus-händigung von Quittungsbogen einzuzahlen.

3. Vom **1. Januar 1873** ab nehmen die Quittungsbogen pro rata der geleisteten Einzahlungen gleichmässig mit den zuerst emittirten Antheilscheinen **an dem Reingewinn der Gesellschaft Theil** und sind denselben Dividendenscheine für die Jahre **1873** bis **1875** beigegeben.

4. Das Bezugsrecht erlischt mit Ablauf des **30. November cr.** Antheilscheine, auf welche dasselbe bis dahin nicht ausgeübt worden, können zur Beteiligung bei dieser Emission nicht mehr zugelassen werden.

[5503]

Berlin, den 15. October 1872.

Die Geschäfts-Inhaber der Berliner Handels-Gesellschaft.

Gelpcke sen.

Wm. Conrad.

Friedrich Gelpcke jun.

PROSPECTUS.

Ausgabe von Thlr. 2,000,000 in 5proc. Pfandbriefen der **Deutschen Hypotheken-Bank** **in Meiningen.**

Emittirtes Actien-Capital Thlr. 8,000,000, worauf 40 pCt. eingezahlt sind.
Reserven am 31. December 1871 ca. Thlr. 254,000.

Auf Grund Beschlusses des Verwaltungsrathes der

Deutschen Hypothekenbank in Meiningen

2,000,000 Thlr. 5proc. Pfandbriefe,

eingetheilt in Stücke von Thlr. 1000, Thlr. 500, Thlr. 200 und Thlr. 100, mit Zinsen vom 1. Januar 1873 an, zur öffentlichen Subscription gebracht.

Die pünktliche Zahlung an Capital und Zinsen wird gesichert:

- 1) Durch die unbedingte Haftung der Gesellschaft mit ihrem gesamten Vermögen. Das ausgegebene Actien-Capital beträgt Thlr. 8,000,000, worauf 40 pCt. eingezahlt sind. — Die Reserven belieben sich Ende 1871 auf ca. Thlr. 254,000.
- 2) Durch die Niederlegung eines den ausgegebenen Pfandbriefen wenigstens gleichen Betrages guter hypothekarischer Forderungen in den Archiven der Gesellschaft unter Controle des Regierungs-Commissars.

Bis zum Erscheinen der effectiven Stücke giebt die unterzeichnete Bank, welche mit dem Verkaufe der Pfandbriefe beauftragt ist, die betreffenden **Interims-Scheine** aus.

Die Zahlung an Capital und Zinsen erfolgt in Meiningen, Berlin, Köln, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Leipzig, München, Nürnberg und Stuttgart.

Die Zeichnung findet statt am

Montag den 4. und Dienstag den 5. November cr.

und zwar:

in Meiningen	bei der	Mitteldeutschen Creditbank,
" Berlin	" Herren	G. Müller & Co.,
" Bremen	" Herrn	J. S. Cohen,

in Breslau bei der **Breslauer Disconto-Bank Friedenthal & Comp.,**

in Carlsruhe	bei Herrn	Veit L. Homburger,
" Köln	" Herren	G. & A. Solf & Co.,
" Dresden	"	George Meusel & Co.,
" Frankfurt a. M.	" Herrn	August Siebert,
" Hamburg	" Herren	M. M. Warburg & Co.,
" Leipzig	" "	Becker & Co.,
" München	" "	Bloch & Co.,
" Nürnberg	" "	Bloch & Co.,
" Stuttgart	" der	Württembergischen Vereinsbank,
" Würzburg	" Herren	Bloch & Co.

Der Subscriptionspreis ist auf 100 pCt. festgesetzt. Die Zinsen bis zum 1. Januar 1873 werden bei dem Bezug in Abzug gebracht. Jede Zeichnungsstelle schließt die Subscription, sobald der ihr zur Auflage überwiesene Betrag voll gezeichnet ist.

Bei der Zeichnung ist eine Caution von 10 pCt. in Baarem oder in Wertpapieren zum Tagescourse zu hinterlegen. Die Interims-Scheine können vom 15. bis spätestens 30. November bezogen werden. Bei dem Bezug wird die Caution zurückgegeben, beziehungsweise verrechnet.

Meiningen, den 30. October 1872.

Mitteldeutsche Creditbank.



Langenhof, Bahnhofstation Bernstadt.

Der Bockverkauf

hat begonnen.

Graf Orlola.

**Der Bock-Verkauf**

in der Stammwäsche Wilsch, Kreis Cosel, beginnt mit dem Monat November. Fahrzeuge stehen bei rechtzeitiger Anmeldung auf den Bahnhöfen Kandzin und Leobschütz bereit.

Kochanitz bei Poln.-Neukirch. [5576]

Lieb.

**Der Bock-Verkauf**

aus meiner aufs Mögliche fröhreße Körvergrößere und edle Wollmasse, gesuchten Kammwoll-Merino-Stammherde, kerngesunden Blutes hat begonnen.

Hammel-Gewichte (ungefährst) im Alter von 2½ Jahren bis 125 Pfund, Jungvieh-Schurgewicht 5 Pfund.

Petersdorf bei Bahnhof Spittelndorf. [1723]

Schneider.

**Der Bock-Verkauf**

aus der Stammwäsche zu Tschanschwitz, Kreis Strehlen beginnt am 1. November cr. [6063]

Der Bock-Verkauf

aus der Stammwäsche zu Tschanschwitz, Kreis Strehlen beginnt am 1. November cr. [6063]

Der Bock-Verkauf

aus der Electoral-Heerde des Domainen-Amtes Ratsch Kreis Ratibor, Bahnhofstation Gr.-Peterwitz beginnt am 1. November. Durchschnitts-Schurgewicht mit Einstich von 25 pft. Lämmer 2½ Ctnr. per 100 Stück. Wollpreis über 100 Thaler per Centner. Die Heerde ist frei von Kräber. [1757]

Braune,



Königl. Oberamtmann.

Der Bock-Verkauf

auf der Herrschaft Ober-Slogau D.S. beginnt den 2. November c. [1692]

Der Bock-Verkauf

in der bekannten und notorisch gesunden Schafherde zu Maffel bei Trebnitz. [1698]

Den 16. October begann der

Der Bock-Verkauf

in der bekannten und notorisch gesunden Schafherde zu Maffel bei Trebnitz. [1698]

Putzhandlung

mit ausgebreiteter Kundshaft ist Verhältnisse wegen sofort zu verkaufen. Zur Übernahme 2000 Thlr. erforderlich. Reflectanten belieben. Offerten unter Chiffre K. L. 836 in der Annenexpedit. von Haasenstein & Vogler hier, Ring 29, niederzulegen. [6104]

Schöne fleischige Catharinen- u. Sultan-Pflaumen,

Sultan- und Kranzfeigen, Datteln, Görzer Maronen, Prünellen, Traubenosinen, Schalmandeln, astrach, Zuckerschoten, schöne Citronen, echte Macaroni, Tabiocca Sago, Feigen-Kaffee, Neuchateller, Emmenthaler, Parmesan- und Limburger Käse, Rheinische Früchte in Gläsern und Büchsen, Braunschweiger Cervelat-Wurst, grossk. Caviar und sämliche [4580]

Colonialwaaren

in vorzüglichster Qualität empfiehlt billigst

Heinrich Schwarzer,
Klosterstrasse 90 a.**Die Obstbaum-Schule des Dom. Ober-Kunzendorf**
bei Münsterberg, hat die für diesen Herbst zum Verkauf bestimmten Kirschbäume bereits verkauft; vorrätig sind nur noch circa 20 Schock diverse Apfelbäumchen. [6105]**Kry stall - Wasser,**
zur Entfernung aller Flecken aus jedem Stoff und besonders zur Reinigung der Glaceehandschuhe. Die Flasche 3, 6 und 12½ Sgr. [6086] S. G. Schwarz, Ohlauerstr. 21.Schöner körniger **Caviar**, à Pfund 27½ Sgr. Elbinger Neuhausen, Stück 2 Sgr., beste Brab. Sardellen, à Pfo. 9 Sgr., Sardinen in Del., à Büchle 10 Sgr., Feinstes Tafelöl, à Pfo. 12 Sgr.**A. Gonschior,**
Weidenstr. 22.**40 Mille**
Ziegel und Flachwerkrettchen werden zu kaufen gesucht. [1792] M. Hanke's Ziegelei zu Groß-Wilkau bei Nippisch.**Stellen-Anerbieten und Gesuche.**
Insertionspreis 1½ Sgr. die Zeile.

Für eine Cigarrenfabrik wird ein Reisender christlicher Confession gesucht. Offerten unter Chiffre K. H. 48 an die Expedition der Bresl. Btg. [1774]

Ein tüchtiger Commis wird für meine Leberhandlung en gros et en detail sofort gesucht. [1773] Quedlinburg.

D. Neumann.

Breslauer Börse vom 29. October 1872.**Inländische Fonds.**

	Amtl. Cours.	Nichtamt. Cours.
Nordd. B.-Anl.	5	—
Prss. cons. Anl.	4½	103½ B.
do. Anleihe	4½	101½ B.
do. Anleihe	4	95½ G.
St.-Schuldsch.	3½	89½ B.
Präm.-A. v. 55.	3½	125 B.
Bresl. St.-Obl.	4	—
do. do.	4½	98½ B.
Pos. Crd.-Pfd.	4	91½ bz
Schles. Pfdb.	3½	84 B.
do. Lit. A.	4	93½ B. n. 91bz
do. Lit. C.	4	—
do. do.	4½	—
do. Rustical	4	93 B.
do. Pfld. Lit. B.	4	—
do. do.	3½	—
do. Rentenb.	4	94½ bz
Posener do.	4	—
Bod.-Cred. Pf.	4½	—

Ausländische Fonds.

	III. IV. 97½ bz	112 G.
Baier. Anleihe	4	—
Ital. Anleihe	5	66½ G.
Kraka-O.S. O.	4	—
Krak.O.S.Pr.A.	4	—
Oest. Silb. Rnt.	4½	64% bzG.
do. Pap.-Rente	4½	—
do. 60er Loose	5	94 G.
do. 64er	—	91½ G.
do. Crd.-Loose	—	118 G.
Poln. Pfandbr.	4	—
do. neue 5	5	77% G.
do. Liqu.-Sch.	4	76½ G.
Türk. Anl. 65	5	64½ B.
	52 B.	—

Inländische Eisenbahn-Stamm-Actien.

	139 G.	—
do. . . .	5	—
Ndrschl.-Mrk.	4	—
Obrschl. A.u.C.	3½	239½ bz
do. Lit. B.	3½	—
Rechte Oder-Ufer-Bahn	5	135½ bz

Berantwortlicher Nachdruck Dr. Stein. (In Vertretung Dr. Weiß.) — Druck von Graf. Barth u. Comp. (B. Friedrich) in Breslau.

Ein junger Student,

(jährl.), im Unterricht aller Gymnasial-Gegenstände und Hebräisch recht tüchtig, wünscht bei bescheidenen Anprüchen in guten Familien Stunden zu geben.

Näheres B. N. Nr. 87 im Briefkasten der Schles. Btg. [4552]

Bei der unterzeichneten Verwaltung ist die Stellung eines Maschinenwerkmeisters für den Grubenbetrieb sofort zu besetzen.

Für Bejoldung 800 Thlr. jährlich, bei freier Wohnung und Feuerung. Vierteljährliche Kündigung vorbehoben.

Bewerber, welche im Zeichen gelübt, und zu Anfertigung kleinerer Projekte befähigt sein müssen, sollen ihre Anträge nebst Bezeugnissen, unter schriftlicher Darstellung ihrer fachlichen Vergangenheit, baldigst einreichen.

Borsigwerk, Oberleitungen, Poststation.

den 28. October 1872 [1798]

U. Borsig's Berg- und Hüttengewerbe.

Borsigwerk, Oberleitungen, Poststation.

U. Borsig's Berg- und Hüttengewerbe.

Borsigwerk, Oberleitungen